

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Montag.

Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50.  
Postzeitungsnummer 1635.  
Vorstände und Vertrauensleute der Gewerkschaften  
erhalten das Blatt gratis.

Redaktion:  
P. Umbreit,  
Markstraße Nr. 15, II.  
Hamburg 6.

### Inhalt:

	Seite		Seite
Was soll das Reich gegen die Arbeitslosigkeit thun? ...	33	Lohnbewegungen: Konflikt in der Berliner Holzindustrie. — Die Diamantarbeiter-Ausperrung in Amsterdam .....	46
Gesetzgebung und Verwaltung: Das neue Fabrik- und Werkstättengesetz in England. — Wittwen- und Waisenversicherungsantrag bei der Zollvorlage. — Reform der badischen Fabrik-Zuspektion. — Weibliche Fabrik-Zuspektion in Braunschweig. — Vorlage eines Reichs-Bohnungsgesetzes. — Arbeitslosigkeits-Subventionen für die Gewerkschaften. — Wäderschau im Staate Missouri ..	35	Arbeiterversicherung: Protest gegen die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften. — Eine deutsche Krankenkassenzeitung .....	47
Statistik und Volkswirtschaft: Zur Statistik der Amerikanischen Gewerkschaften. — Die Trunks in den Vereinigten Staaten. — Zahl der Jugendlichen und Arbeiterinnen in deutschen Fabriken .....	37	Gewerbegerichtliches: Proportionalwahlssystem in München .....	47
Arbeiterbewegung: Internationale Bergarbeiter-verhältnisse II. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Von ausländischen Gewerkschaften. — Die amerikanischen Gewerkschaften im Jahre 1901 I. ....	39	Justiz: Der Rückzug der Apenrader Polizei .....	47
Kongresse: Die 21. Jahreskonvention der American Federation of Labor .....	43	Kartelle: Zum Bau von Gewerkschaftshäusern. — Arbeitslosenzählung der Berliner Gewerkschaften. — Arbeitersekretariat in Magdeburg. — Gründung eines Arbeitersekretariats in Luzern .....	47
		Anderer Arbeiterorganisationen: Verband d. Möbelpolierer Berlins. — Organ der sonderorganisierten Masseure. — Aus den christlichen Gewerkschaften .....	48
		Mittheilungen: Zur Organisation der Blumen-, Blätter- und Federarbeiterinnen Deutschlands .....	48

### Was soll das Reich gegen die Arbeitslosigkeit thun?

Die in den nächsten Tagen zur Verhandlung im Deutschen Reichstage gelangende Nothstands-Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird der Reichsregierung Gelegenheit geben, sich über die von ihr zu treffenden Maßnahmen zur Beseitigung des durch die Arbeitslosigkeit verursachten Nothstandes zu äußern. Die Interpellation wird die Regierungsvertreter nicht überraschen; sie war angesichts der sich immer drohender gestaltenden Lage vorher zu sehen und bietet auch insofern nichts Neues, als schon in der zu Anfang des vorigen Jahrzehnts herrschenden Wirtschaftskrise, zuletzt im Jahre 1894, über gleiche Interpellationen verhandelt wurde. Ob aber die Reichsregierung auf eine ausreichende Beantwortung dieser Interpellation gerüht sein wird, das ist eine andere Frage. Wir zweifeln daran, nicht weil wir ihr den Ruhm der Nothstandsfürsorge mißgönnen, sondern weil ihre ganze Regierungspolitik, weit entfernt, der Arbeitslosigkeit vorzubeugen, den Nothstand geradegu verschärfen und verlängern muß. Diese Politik wird sie daher nöthigen, eine ausweichende Antwort zu geben, und da Graf Kosobrodsky genügend Meister des tönenden Wortes ist, um die Hohlheit der Regierungs-Sozialpolitik zu verbergen, so wird die neueste Nothstandsinterpellation voraussichtlich denselben Verlauf nehmen, wie die früheren in den Jahren 1892 bis 1894.

Und doch ist die Anflage, welche diese Interpellation für die Regierung enthält, eine weit schwerere als damals, denn nicht bloß ist die Arbeitslosigkeit im Beginn der gegenwärtigen Wirtschaftskrise eine größere als im Höhepunkt der vorigen Krise, sondern die Regierung hat, obwohl

ihr die Folgen dieser ungünstigen Perioden wohlbekannt waren, seitdem absolut nicht das Mindeste gethan, um der Wiederkehr ähnlicher Nothstände vorzubeugen. Wir sagen nicht, den Krisen vorzubeugen, denn solche werden sich innerhalb der kapitalistischen Produktion durchsetzen trotz aller Reformen und Regulierungsmaßnahmen, weil diese Produktion anarchisch ohne zuverlässige Beherrschung und Kontrolle der Produktionskräfte betrieben wird, und trotz aller Staatsaktionen, weil Produktion und Krisis universell sind und die ganze Welt beherrschen. Aber die Reichsregierung hat auch nicht eines der Mittel benutzt, um die aus der Krise erwachsende Nothlage für Hunderttausende von Reichsangehörigen zu lindern, — ja sie verzichtete sogar darauf, Vorkehrungen zu treffen, die es ihr ermöglicht, sich über den Umfang der Arbeitslosigkeit genau zu unterrichten. Dagegen hat sie die Mittel der Steuerzahler und der reichen Zolleinkünfte aufbringenden Konsumenten während der günstigen Jahre bis zum Grunde erschöpft; sie hat durch Marinevermehrung und China-Abenteuer, durch Liebesgaben an millionenreiche Unternehmerliquen Milliarden verbraucht und die Finanzmittel des Reiches an den Rand des Defizits gebracht, das nun durch neue Steuern gedeckt werden soll. Sie, die den Arbeitslosen in der vorigen Krise den Vorwurf nicht ersparte, daß diese nicht zu sparen verstanden und den Verdienst der fetten Jahre ohne Rücksicht auf die Zukunft verbraucht hätten, sie hat schlimmer gewirthschaftet, als ein Verschwender, der sein Ererbtes durchbringt.

Und nun, im Angesicht der allgemeinen Wirtschaftskrise, der Massennoth, da Hunderttausende nicht wissen, wovon sie die nächste Woche leben sollen — steht sie da mit leeren Sädeln und bietet den Junkern und Industriellen neue Liebesgaben durch Pölle, um neue Steuern aus den Taschen des Volkes herauszupumpen. Sie verschärft den Noth-

müsse, welche die Zentralstelle für Gewerbe und Handel für die Unternehmer und die Zentralstelle für die Landwirtschaft für die Agrarier habe. Ein Beschluß wurde zu dieser Frage nicht gefaßt, da nur ein Meinungsaustausch und eine Anregung der Vertrauensmänner zu weiterer Propaganda für den Bauarbeiterchutz beabsichtigt war.

Gewerkschaftssekretär Näther hielt noch einen instruirenden Vortrag über die Vertreterwahlen der Ortsfrankenkassen. — Beschlossen wurde, die Berichte der einzelnen Vertrauensmänner künftig im Voraus drucken zu lassen; ferner: als Berathungsgegenstände für künftige Konferenzen auch die Förderung der Bildung der Arbeiter, die Arbeiterversicherung u. A. in's Auge zu fassen. Mit Dankesworten des Vorsitzenden an die Inspektoren, die von diesen erwidert wurden, fand die sehr interessante Konferenz ihren Schluß.

m. l.

### Gewerbegerichtliches.

**Wahlen.** In Rütterscheid siegte am 28. Dezember die Liste der christlichen Kandidaten. In Bauen siegten die Kandidaten des Kartells über die der Hirsch-Dunkerianer. In Kolberg siegten mit 348 von 354 abgegebenen Stimmen die Kandidaten des Gewerkschaftskartells.

### Justiz.

**Dem Gewerkschaftshaus der Breslauer Arbeiter** ist vom Bezirksauschuß daselbst die sogenannte Dreiviertel-Konzession (zum Ausschank von Grog, Kognat und Liqueuren) verjagt worden. Der Stadtauschuß hatte die Konzession erteilt, die Polizei aber hatte dagegen Einspruch erhoben. Der Bezirksauschuß stimmte diesem Einspruch zu.

### Aus anderen Arbeiterorganisationen.

**Aus christlichen Gewerkschaften.** Die Generalversammlung des christlichen Gewerksvereins der Bergleute findet am 2. Februar in Eidel statt. — Der bayerische Textilarbeiterverband, der in den Weihnachtstagen seine Generalversammlung in Augsburg hielt, beschloß mit 25 gegen 9 Stimmen und 4 Stimmenthaltungen, mit dem 1. Februar dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands beizutreten.

**Eine Sonderorganisation der Isolierer und Rohrumhüller** wurde in Hannover aus Angehörigen dieser Branche verschiedener Städte als neuer „Zentralverband“ gegründet. Der Protest mehrerer Hamburger Vertreter, die dem Metallarbeiterverband angehören und diesen als die zuständige Organisation bezeichneten, blieb wirkungslos. — Nachdem die lokalistischen Gewerkschaften endlich das Thörichte ihrer isolierten Organisation eingesehen haben, werden an allen Ecken und Enden Zentralverbändchen errichtet, obwohl die Lebensfähigkeit dieser Organisationsnischen von vornherein im Zweifel steht und den Berufsgenossen weit besser mit dem Anschluß an einen größeren leistungsfähigen Verband gedient wäre. Zu dieser Einsicht kommen die guten Leuten immer erst dann, wenn sie ihr Geld einige Jahre lang nutzlos verpulvert und sich an einigen Miniaturkämpfen verblutet haben. Das Evangelium der „Unabhängigkeit“ verkleistert ihnen so lange jedes nüchterne Denken, bis die Gewalt der Thatsachen ihnen über ihre ohnmächtige Abhängigkeit die Augen öffnet. Wenn nicht zu rathen ist, dem können wir nicht helfen.

### Mittheilungen.

#### An die deutschen Arbeitersekretariate.

Die Nothwendigkeit, dem statistischen Material der Jahresberichte der Arbeitersekretariate die Möglichkeit des Vergleiches und der einheitlichen Verwerthung zu sichern, als auch fortbauend Aufschluß über diejenigen Arbeitersekretariate zu geben, welche bisher keine Statistiken und gedruckten Jahresberichte veröffentlichten, veranlaßte die Generalkommission, eine **Statistik der deutschen Arbeitersekretariate** durch Fragebogen-Formulare zu erheben. Die Fragestellung und insbesondere die Rubrizierung der Auskunftsgebiete ist den größeren Sekretariaten zur Begutachtung unterbreitet gewesen und entsprechend den eingegangenen Wünschen gestaltet worden. Die Fragebogen gelangen bis zum 10. Januar d. J. in je zwei Exemplaren an die Arbeitersekretariate zum Versand, von denen das eine im Besitz des Sekretariats verbleibt, das andere **bis spätestens zum 1. Februar d. J.** an die Generalkommission zurückzusenden ist. Wir bitten, im Interesse der Schaffung einer zuverlässigen und pünktlichen Statistik alle gestellten Fragen gewissenhaft zu beantworten, den Zeitpunkt der Rücksendung richtig innezuhalten und bei Aufstellung der neuen Jahresregister darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Frequenzstatistik sich ohne Schwierigkeiten in das Frage-schema unserer Erhebung einfügen läßt. Insbesondere legen wir hohen Werth auf die Erhebungen der Verhältnisse der Angestellten und ersuchen nochmals um zuverlässig genaue Beantwortung aller Fragen.

#### Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien, Hamburg 6, Marktstr. 15, 2. Et.

#### Adressenänderungen der Verbandsvorsitzenden, Kartellvorsitzenden und Arbeitersekretariate betr.

In Nr. 4 des Correspondenzblattes sollen die seit 1. Oktober 1901 eingetretenen Adressenänderungen der Vorsitzenden der Verbände und Gewerkschaftskartelle sowie der Arbeitersekretariate veröffentlicht werden. Die in Frage kommenden Vertreter dieser Körperchaften werden ersucht, die **neuen Adressen bis spätestens zum 20. Januar** der unterzeichneten Generalkommission mitzutheilen. Später einlaufende Adressen können erst im April d. J. veröffentlicht werden.

#### Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien, Hamburg 6, Marktstr. 15, 2. Et.

#### Quittung

über die im Monat Dezember bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verband	der in städt. Betrieben besch. Arbeiter,	
3. Quartal 1901	.....	M. 114,03
"	Bauarbeiter, 3. Quartal 1901	„ 542,07
"	" Maler, 3. Quartal 1901	„ 394,88
"	" Buchbinder, 3. Quartal 1901	„ 258,—
"	" Maschinist. u. Heizer, 3. Quart. 1901	„ 177,30
"	" Hutmacher, 2. u. 3. Quartal 1901	„ 149,60
"	" Bergolber, 3. Quartal 1901	„ 48,86
"	" Photographen, Pauschalbetr. f. 1901	„ 50,—
"	" Porzellanarb., 1. u. 2. Quart. 1901	„ 589,61
"	" Maurer, 2. Quartal 1901	„ 2718,71
"	" Metallarbeiter, pro 1901	„ 8000,—
"	" Handels- und Transportarbeiter, 1. Quartal 1901	„ 456,—

A. b. B. s. t. e., Hamburg 19, Wisnarsstraße 10.

stand der hungernden und auf Halb- und Dreiviertelverdienst gelegten Arbeitermassen, um dem fangerten Nothstand der Besitzenden abzuwehren. Kann sie, mit solcher Verantwortung belastet, vor dem Reichstag erklären: Wir haben Alles gethan, was in unseren Kräften stand, um der Noth vorzubeugen?

Nein, sie kann es nicht, denn den Reden ihrer Vertreter steht ein umfangreiches Register von Thaten und Unterlassungen gegenüber, die dem Nothstand der Arbeiter direkt Vorschub leisten.

Untersuchen wir, was die Reichsregierung hätte thun müssen, um der Wiederkehr ähnlicher Nothstände, wie sie in den Jahren 1891 bis 1894 herrschten, vorzubeugen. Es giebt Arbeitslosigkeitsreformen, die direkt durch das Reich herbeigeführt werden können, und solche, die durch Staaten und Gemeinden veranlaßt werden. Soweit die Ersteren veranlaßt wurden, fällt die Verantwortung der Reichsregierung direkt zur Last. Aber auch in Bezug auf die staatliche und gemeindliche Reformunthätigkeit ist das Maß ihres Verschuldens groß, denn angefißt der hier vorhandenen Zersplitterung that eine einheitliche Anregung und Anleitung bitter noth und wie schon so oft bei anderen Anlässen die Initiative der Reichsregierung ein gemeinsames Vorgehen der Staatsregierungen veranlaßt, so lag es auch hier im Können der Ersteren, diesen Einfluß zu Gunsten der Arbeitslosen wirken zu lassen.

Die Basis aller Arbeitslosigkeitsreformen ist die Arbeitslosigkeitsbeobachtung und die Feststellung ihres Umfangs. Hierzu bedarf es außer der Statistik der Arbeitsnachweise direkter, regelmäßig in kurzen Zeiträumen wiederholter Arbeitslosigkeitsstatistiken, deren Ergebnisse fortlaufend zu vergleichen und publizieren sind. Dieser nächsten Voraussetzung hat die Reichsregierung nicht entsprochen, denn die Doppelzählung der Arbeitslosen während des Jahres 1895 kann nur als ein Versuch in dieser Richtung gedeutet werden, der schon an sich unzureichend war und durch dessen Nichtwiederholung die Abneigung gegen solche Untersuchungen bewiesen wird. Wurde die lediglich volkswirtschaftlichen Zwecken dienende Streikstatistik auch nach Ablehnung der Zuchthausvorlage fortgesetzt, so lag auch die Erhebung einer dauernden Arbeitslosenzählung nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit. Aber selbst eine einmalige Arbeitslosenzählung gelegentlich der Volkszählung vom Jahre 1900 wurde abgelehnt, obwohl der wirtschaftliche Horizont damals schon voller Wolken hing. Man wollte die Noth nicht kennen, um nicht helfen zu müssen. Heute hindert der Mangel einer solchen zuverlässigen Statistik die Gemeinden und Einzelregierungen an jeder ernstlichen Beurtheilung des Arbeitslosigkeitsproblems und an jeder weitwichtigen Nothstandsreform. Auch zum Ausbau der Arbeitsvermittlung war das Reich verpflichtet, einmal, weil die Befestigung der gewerblichen Arbeitsvermittlung eines Reichsgesetzes bedarf und dann, weil innerhalb des deutschen Freizügigkeitsgebietes eine einheitliche Organisation der Arbeitsvermittlung nur von Reichswegen möglich ist. Auch hier hat das Reich seit 1894 nichts geleistet, denn die Einführung des Konzessionszwanges für Privatvermittler hat deren Praktiken zwar unter schärfere Kontrolle gestellt, für die Förderung der Arbeitsvermittlung aber nicht das Mindeste gethan. Nur die bayerische Regierung hat sich die Entwidlung und Weiterbildung des Arbeitsnachweiswesens angelegen sein lassen; was sonst seit 1895 in dieser Richtung geschehen, ist der sehr vereinzelt Initiative von Gemeinden zu danken, aber es ist so blutwenig, daß man die günstige Konjunktur 1895 bis 1901 für die Arbeitsvermittlung als eine unfruchtbar bezeichnen kann. Und auch heute noch ver-

richtet das Reich auf diese nothwendigste aller Arbeitslosigkeitsreformen.

Mit dem Arbeitsnachweiswesen, das nicht ölos als Barometer der Arbeitslosigkeit dient, sondern auch als Regulator auf den Arbeitsmarkt ausgleichend und gegen territorial hohe Arbeitslosigkeit vorbeugend wirkt, haben wir bereits die Mittel zu Milderung der Arbeitslosigkeit, in das Bereich der Untersuchung gezogen. Solcher Mittel giebt es zweierlei — vorbeugende und lindernde. Die Ersteren sollen den Arbeitslosen neue Arbeitsgelegenheit bieten, sie also der Arbeitslosigkeit entziehen, die Letzteren sollen sie gegen die Arbeitslosennoth widerstandsfähig machen. Beide aber bedürfen, um im entscheidenden Moment wirksam zu sein, der sorgfältigen Vorbereitung während der günstigen Jahre.

Zunächst die Arbeitsbeschaffung, der gleichfalls die Arbeitsvermittlung dient. Sie bedeutet ein Aufsparen von Arbeitsgelegenheit aus der Zeit der Produktionsanspannung für die der Krisis. Hierzu sind Reich, Staat und Gemeinden vor Allem befähigt, weil die von ihnen erteilten Aufträge durchgängig solche sind, die sich auf Jahre im Voraus feststellen und vertheilen lassen. Soweit es sich um Verkehrsanlagen handelt, fordert schon das Bedürfnis nach solchen mit Eintritt des Aufschwungs deren Vorbereitung in stiller Zeit, wozu auch ökonomische Rücksichten auf die in letzterer wesentlich niedrigeren Materialpreise rathen. Selbst die Arbeitskräfte werden infolge Erparnis der Ueberstundenzuschläge billiger; vor Allem aber wird der höhere Unternehmergewinn der günstigen Konjunktur gespart und der Preistreiber der Syndikate ein Zügel angelegt. Auf Bauten, Einrichtungen, Ergänzungen des Material- und Utenzilienbedarfs trifft das Gleiche zu. Wenn die Gemeinden, Behörden, Gerichte, Regierungen usw. sich entschließen können, ihren Bedarf an Bekleidungsstücken, Bureauutenzilien, Geräthschaften, Schuleinrichtungen usw. auf Jahre vorher zu kalkulieren und Nachbeschaffung möglichst in die niedergehende Zeit zu verlegen, so würde ein solcher Ausgleich auf den Arbeitsmarkt nicht ohne Einfluß bleiben. Was für den regelmäßigen öffentlichen Bedarf gilt, das trifft auch auf die sogenannten Nothstandsarbeiten zu, die ein Theil desselben sind, da auch die humansten Regierungen und Gemeinden keine Arbeiten vornehmen lassen werden, die sonst durchaus unterbleiben würden.

Auch auf diesem Gebiet kann das Reich Vieles thun, was es in der verflorenen Periode nicht gethan hat. Es kann als Auftraggeber und Arbeitgeber in eigener Regie Arbeit für die ungünstige Zeit aufsparen und Fonds für diese Zwecke ansammeln, und es kann neben diesem guten Beispiel den Einzelstaaten und Gemeinden auch direkte Anregungen geben, ein Gleiches zu thun, sowie deren Eifer durch Kredite für größere Arbeiten und besondere Vergünstigungen erhöhen. Das Reich kann sogar durch gesetzlichen Druck die Gemeinden und Staaten dazu zwingen, so auf dem Gebiete des Wohnungsbaues durch Einführung eines Reichswohnungsgesetzes, auf dem Gebiete des Verkehrs durch Androhung von Nachtheilen.

Vor Allem aber ist das Reich selbst Arbeitgeber in großem Maßstabe und als solcher kann es durch Vermeidung von Entlassungen den Staats- und Gemeindeverwaltungen, die auch Arbeitgeber sind, ein gutes Beispiel geben und mit diesen gemeinsam wiederum die Privatindustrie beeinflussen, Entlassungen möglichst einzuschränken. Statt dessen stoßen Reichsbetriebe, wie die Kaiserliche Werft in Kiel, kurz vor Weihnachten zahlreiche Arbeiter hinaus und setzen ihre Namen obendrein auf schwarze Listen, und Herr von Thielen spart an Arbeitskräften, wo er nur kann. Die staatlichen Strafanstalten werfen ihre

billigen Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt, unbekümmert darum, daß jede Beschäftigung eines Gefangenen einen freien, steuerzahlenden Arbeiter außer Arbeit bringt. So wird der Arbeitslosigkeit direkt Vorschub geleistet. Zu den vorbeugenden Maßnahmen gehört auch das Verbot der gewerblichen Ausbeutung von Kindern im Allgemeinen und von Frauen in gesundheitschädlichen Betrieben so wie die gesetzliche Beseitigung der schädlichen Heimarbeit. Für den Ausfall an Arbeitskräften mühten sich notwendigerweise erwachsene Arbeiter beschäftigt werden, deren höherer Lohn die schlecht bezahlte Kinderarbeit entbehrlich macht. Auch hier hat das Reich bisher Alles versäumt, denn die Inkraftsetzung des Kinder- und Jugendschutzgesetzes für die Motorwerkstätten ist durch zahlreiche Ausnahmen nahezu wirkungslos gemacht; die Konfektionsverordnung hat an den bestehenden Mißständen, vor Allem an der Heimarbeit, nichts geändert und auf die Durchführung der sanitären Verordnungen warten die Arbeiter noch immer. In weitester Hinsicht wirkt der Abschluß langfristiger Handelsverträge mit anderen Staaten der Arbeitslosigkeit vorbeugend entgegen; dieser wird aber durch die Hochschutzzölle der Reichsregierung, insbesondere durch die Getreidezölle direkt gefährdet. Das Erbe, das die Vera Caprivi den nachfolgenden Steuerleuten des Reiches hinterlassen hat, wird jetzt in gerade unverantwortlicher Weise verschleudert und die deutsche Industrie, somit auch die Arbeiterklasse der Verallgemeinerung der durch den berücksichtigten McKinley-Tarif bekannten Gefahr überliefert.

Wenn alle die erwähnten vorbeugenden Mittel gegen die Arbeitslosigkeit zur Anwendung gelangt wären, so bliebe noch immer die Nothwendigkeit, die auf diesem Wege nicht völlig beseitigte Arbeitslosigkeit unschädlich zu machen, die Noth der Arbeitslosen zu lindern. Das kann durch dreierlei Mittel geschehen, einmal durch eine vernünftige Lohnpolitik, die die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter im Allgemeinen hebt, ihnen ermöglicht, Ersparnisse zurückzulegen um selbst einen Rückhalt gegen diese Noth zu suchen. Das Reich als großer Arbeitgeber kann hier sehr Vieles thun, sowohl durch Festsetzung ausreichend hoher Löhne für seine eigenen Beamten und Arbeiter, als durch vertragliche Festsetzung von Mindestlöhnen für die Ausführung seiner öffentlich vergebenen Arbeiten. Es hat sich indeß bisher beharrlich dieser Aufgabe entzogen, um der Privatindustrie und vor Allem den Junkern keinen Nachtheil zuzufügen. Die Staats- und Gemeindeverwaltungen machen es daher nicht besser. Einer vernünftigen Lohnpolitik gleich zu achten ist jede Erleichterung und Verbilligung des Konsums der arbeitenden Klassen. Die Zoll- und indirekte Steuerpolitik des Reiches paßt darauf, wie die Faust auf's Auge. Der Weigerung im Vorjahre, nachdrücklich gegen den Kohlenwucher des Syndikats einzuschreiten, steht die Diebesgabenpolitik für die Zuckerindustriellen würdig zur Seite, und die totale Vernachlässigung der Wohnungsreform ermöglicht jetzt den Hausagariern ihre grenzenlose Miethstreibererei. So stärkt das Reich die Widerstandsfähigkeit aller Unternehmergruppen auf Kosten der Arbeiter! Nicht Aufhebung der Zölle und indirekten Steuern, sondern deren Erhöhung stellt es dem Volke in Aussicht, und das angesichts der Massenarbeitslosigkeit, die den Hunger zur öffentlichen Kalamität macht!

Als letztes Linderungsmittel kommt die Unterstützung der Arbeitslosen in Betracht, die in großem Maßstabe nur durch die Arbeitslosenversicherung verwirklicht werden kann. Die Forderung einer solchen wird von der Arbeiterklasse seit Jahr-

zehnten erhoben, noch ehe das Reich an seine vielgerühmte Sozialreform herantrat. Seit 1889 ist aber das Versicherungsgebäude geschlossen worden und was nachdem daran herumgeflickt wurde, hat die Versicherung wenig besser gemacht, die Arbeitslosigkeit aber völlig unberührt gelassen. Der Wege gab es viele, um diese Reform zu verwirklichen, von der Subvention der Arbeitslosenunterstützung zahlenden Berufsvereine und gemeinnützigen Einrichtungen bis zur gesetzlichen Verpflichtung der Gemeinden und endlich der reichseinheitlichen Organisation der Arbeitslosenversicherung. Aber von alledem geschah in dem an der Spitze der Sozialreform marschierenden Deutschen Reiche nicht das Mindeste. Die Bureaucratie überließ es den Arbeitern selbst, Arbeitslosigkeitsfonds zu gründen. Während Reich, Staat und Gemeinden die Noth herankommen ließen, haben die Gewerkschaften ihr Unterstützungswesen ausgebaut und besonders die Arbeitslosenunterstützung mit geringen Mitteln eingeführt. Dafür bedrohte die Reichsregierung diese Gewerkschaften mit bedrückenden Maßnahmen und suchte das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten; die Bundesstaaten setzen diesen Eifer fort, indem sie Gewerkschaften gerade ihrer Unterstützungseinrichtungen wegen auflösen. Sie wirken ihren, auf die Hebung der Widerstandsfähigkeit der Arbeiter gerichteten Bestrebungen fortgesetzt entgegen und maßregeln jeden ihrer Arbeiter, der sich einer solchen Gewerkschaft anschließt. Und hier ist die Reichsregierung tonangebend; um der Gewerkschaften willen verweigert sie den Arbeitern eine gleichberechtigte Vertretung ihrer Interessen, wie sie das Unternehmertum seit Jahrzehnten besitzt, und auch auf politischem Gebiete behandelt sie die Arbeiterklasse als Staatsbürger vierter Klasse. Die Arbeitslosigkeitsreformen in den Einzelstaaten wären längst von unten herauf erzwungen worden, wenn die Arbeiterklasse nicht von einer Vertretung in den Landtagen der hauptsächlichsten Staaten ausgeschlossen wäre. Der Bundesrath hat selbst den rückständigsten Landtagswahlverfassungen gegenüber alle Reichstagsanträge abgelehnt.

So steht heute die Reichsregierung der Arbeitslosennoth nicht bloß mit leeren Händen, sondern auch mit einem Maß gerüttelt voll von Schuld gegenüber, und sie trägt heute die Verantwortung dafür, daß die neue Arbeitslosigkeit die Arbeiter in größeres Elend stürzt als jede frühere. Was sie auch heute noch thun kann, um die Noth zu lindern, es wird im Moment wenig helfen und frühestens für künftige Monate Abhilfe in unzureichendem Maße beschaffen. Die Reichstagsverhandlung über die Nothstandsinterpellation wird daher den Arbeitslosen wenig direkte Milderung ihrer Noth bringen; sie wird aber der Reichsregierung das Gewisse einschärfen und das allein ist schon dringend nothwendig.

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Das neue Fabrik- und Werkstättengesetz in England.

Das durch zahlreiche Novellen unübersehbar gewordene 1878er Fabrikgesetz vereinfacht und zugleich erweitert, ist am 1. Januar 1902 in Wirksamkeit getreten. Liegt sein Hauptwerth auch auf dem Gebiete der Neureduktion, so enthält es doch auch eine Reihe schätzbare Reformansätze, an denen nur das Eine auszuweisen ist, daß sie zu viele fakultative Vorschriften enthalten und zu viel in die Ermächtigung des Staatssekretärs stellen. Als wichtigste Verbesserungen mögen folgende erwähnt sein:

1. Für Lüftung in genügender Weise ist zu sorgen, und der Staatssekretär kann die Art der Lüftung für jeden Zweig der Fabriken und Werkstätten vorschreiben.
2. Genügende Vorkehrungen zur Trodenhaltung nasser Fußböden müssen getroffen werden.
3. Der Staatssekretär ist ermächtigt, die Größe des Lufttraums zu vermehren, welcher für jeden Arbeiter nothwendig ist, in Fällen wo der Arbeitsplatz (welcher kein Arbeitsplatz einer Haushaltung ist) in der Nacht als Schlafraum gebraucht wird.
4. Der Staatssekretär ist ermächtigt, Muster für die sanitären Einrichtungen vorzuschreiben.
5. Die Beschaffung von Thermometern kann für alle Arten von Fabriken und Werkstätten verlangt werden.
6. In Räumen, wo giftige Stoffe gebraucht werden, so daß hiervon Staub oder Rauch entsteht, sind keine Mahlzeiten einzunehmen, und sind geeignete Einrichtungen zum Speisen anderweitig zu beschaffen.
7. Kindern ist verboten, irgend einen Platz unter irgend einer Maschine zu reinigen, ausgenommen unter hochangebrachten Treibriemen.
8. Die Beschäftigung von Kindern unter zwölf Jahren in einer Fabrik oder Werkstätte ist durch das ganze Land verboten.
9. In Fabriken ist die Zeitdauer der Beschäftigung des Sonnabends um eine Stunde abgekürzt.
10. In Fällen wo eine weibliche oder junge Person an demselben Tage von demselben Arbeitgeber gleichzeitig in einer Fabrik oder Werkstätte und in einem Laden außerhalb der für die Fabrik oder Werkstätte festgesetzten Zeit beschäftigt wird, muß der Besitzer ein Register mit den näheren Angaben über derartige Beschäftigung führen.
11. Ueberzeit auf Stellen, wo leichtverderbliche Artikel gehandhabt werden, ist von 60 auf 50 Tage im Jahre und von fünf auf drei Tage in der Woche verkürzt.
12. Das Einsalzen der Fische und Einmachen der Früchte ist dem Gesetze unterstellt, ausgenommen in Betreff der Arbeitszeit, wofür diese noch besondere Ausnahmen haben. Milchwirthschaften sollen auch gewisse Ausnahmen hinsichtlich der Arbeitszeit haben.
13. Die bestehende Maßnahme zur Anordnung besonderer Vorschriften für gefährliche Betriebe ist abgeändert, und nach dem neuen Modus werden alle Personen, welche von dem Staatssekretär angeordneten Vorschriften betroffen werden, das Recht haben, Widerspruch zu erheben und ist ihr Widerspruch bei einer öffentlichen Untersuchung anzuhören; während die Vorschriften, die schließlich angeordnet wurden, dem Parlamente vorzulegen sind und durch einen Beschluß des Ober- oder Unterhauses für kraftlos erklärt werden können.
14. Besondere Bestimmungen für gefährliche Gewerbe sind auf in Haushaltungen betriebene Fabriken und Werkstätten anzuwenden.
15. Den Distrikträthen ist größere Macht gegeben hinsichtlich des Verbotes der Hausarbeit an Plätzen, wo die Gesundheit gefährdet ist oder wo ansteckende Krankheiten sind, für solche Gewerbe, welche von dem Staatssekretär besonders namhaft gemacht sind.
16. Der Staatssekretär ist ermächtigt, die Bestimmungen der besonderen Abtheilung auf die außerhalb Arbeitenden auszudehnen.
17. Jeder Distriktrath muß ein Register aller Werkstätten seines Distrikts führen und der Sanitäts-

beamte desselben hat einen jährlichen Bericht über die Anwendung des Gesetzes zu erstatten.

18. Dem Staatssekretär ist eine größere Macht gegeben, gegen den Distriktrath im Falle einer Verfehlung seitens desselben vorzugehen, sei es eine solche nach dem Fabrikgesetze oder nach dem Gesetze über öffentliche Gesundheitsverhältnisse.

Hieraus ist zu ersehen, daß dem Staatssekretär sehr viele diskretionäre Macht gegeben ist, auch dort, wo eine klare gesetzliche Vorschrift für die Unternehmer besser am Platze war, und der Nutzen der neuen Bestimmungen wird wesentlich von der Ausübung dieser Vollmacht abhängen.

**Mit seinem Antrag, betreffend die staatliche Versicherung der Wittwen und Waisen im Deutschen Reiche** ist das Zentrum jetzt endlich in der Zollkommission des Reichstages herausgerückt. Es schlägt die Einfügung eines besonderen Paragraphen (§ 11a) im Tarifgesetz vor, wonach über den Ertrag der Zölle für Roggen, Weizen, Spelz, Gerste, Hafer, Rindvieh, Schafe, Schweine, Federvieh, Fleisch, Butter, Käse, Eier, Mehl, und sonstige Mülerei-Erzeugnisse, soweit er den Durchschnittsertrag der Zölle aus den mit den entsprechenden Tarifstellen des Zolltarifs vom 24. Mai 1885 zu verzollenden Waaren nach dem Ergebniß der Jahre 1895 bis 1902 übersteigt, durch ein besonderes Gesetz zur Erleichterung der Durchführung der Wittwen- und Waisenversorgung Bestimmung zu treffen. Bis zum Inkrafttreten eines solchen Gesetzes sollen die Mehrerträge für Rechnung des Reiches verzinslich angelegt werden.

Allen Anschein nach beabsichtigt das Zentrum die Schaffung eines Subventionsfonds für Gemeinden und gemeinnützige Vereine, die die Wittwen- und Waisenversicherung eingeführt haben. Es ist aber nicht angängig, eine solche allgemeine Reform mit dauernden Rentenausgaben auf der Basis zufälliger Zollüberschüsse aufzubauen. Dann aber empört sich die Versunft dagegen, den Armen erst mit doppelten Händen zu nehmen, um ihnen dann ein Kleines zurückzuerstatten.

**Eine Reform der Fabrikinspektion in Baden** soll dadurch herbeigeführt werden, daß die Kesselrevision einem besonderen Beamten im Ministerium des Innern übertragen wird.

**Die Anstellung einer weiblichen Fabrikinspektorin** bildet den Gegenstand einer Gesetzesvorlage, die dem Braunschweigischen Landtage zugegangen ist. Auch die Gewerkschaftskartelle haben Anträge auf Erweiterung der Fabrikinspektion gestellt, die u. A. auch eine Vermehrung des Inspektionspersonals fordern.

**Die Vorlage eines Reichswohnungsgesetzes** hat die altenburgische Regierung im Bundesrath beantragt.

**Arbeitslosigkeitssubventionen für die Gewerkschaften** beantragte der sozialistische Abg. Dr. Adler im niederösterreichischen Landtage, wozu dem Landesauschuß ein Kredit von 50 000 Kronen einzuräumen seien. Der Antrag wurde von der christlich-sozialen Mehrheit nicht einmal zur Abstimmung zugelassen.

**Bäckerschutz im Staate Missouri.** Wie wir dem 22. Jahresbericht des Bureau of Labor Statistics and Inspection des Staates Missouri entnehmen, ist dort im Jahre 1899 ein Gesetz angenommen worden, das für Backhäuser eine Arbeitswoche von nur sechs Tagen vorschreibt. Der Arbeitskommissionar, dem die Durchführung dieses Gesetzes obliegt, berichtet, daß dasselbe eine wahre Wohlthat für Unternehmer und Arbeiter gewesen sei. Trotzdem haben zahlreiche Bäckereien nach wie vor das Jahr über sieben Tage pro Woche arbeiten lassen, und die Versuche, gesetzliche Verhältnisse einzuführen, werden noch immer durchkreuzt. Der

Bericht führt denn auch 293 Fälle an, in denen die Unternehmer auf die vorhandenen Ungesetzlichkeiten hingewiesen werden mußten, davon 209 in St. Louis, 36 in Kansas-City, 23 in St. Joseph usw. Besonders verdient hervorgehoben zu werden, daß der Bericht die Namen und Adressen dieser 293 Firmen und die Art ihrer Ungesetzlichkeiten veröffentlicht und es dadurch den Arbeitern und Konsumenten ermöglicht, die Durchführung des Gesetzes durch heilsamen Nachdruck zu unterstützen. Im deutschen Reiche, das an der Spitze der Sozialreform marschiert, haben die Unternehmer eine solche Bloßstellung nicht zu fürchten. Dafür steht aber auch der Arbeiterschutz und ganz besonders derjenige der Bäckereiarbeiter bloß auf dem Papier.

### Statistik und Volkswirtschaft.

#### Zur Statistik der amerikanischen Gewerkschaften im Jahre 1901.

Ueber die Stärke der amerikanischen Gewerkschaften war bisher eine zuverlässige Statistik nicht zu erlangen. Die zur Aufstellung einer solchen in erster Linie berufene Stelle, das Executive Council der American Federation of Labor, hat bisher keinerlei eingehendere Angaben in ihrem „American Federationist“ veröffentlicht, vielleicht, weil die Zentralisation keine so feste ist und statistische Erhebungen nicht zu ihren Aufgaben gehören — vielleicht auch, weil sie von der Unzuverlässigkeit des ihr bekannten statistischen Materials überzeugt ist. Sie begnügt sich in der Regel mit der Feststellung der Mitgliederzunahmen in den einzelnen Organisationen von Jahr zu Jahr gelegentlich der Berichterstattung auf den jährlichen Konventionen. Selbst der offizielle Bericht des Council an die Pariser Weltausstellung enthält alles Mögliche, bloß nicht diese nächstliegende Statistik. Es war daher fast unmöglich, sich ein zutreffendes Bild von dem Umfange der amerikanischen Gewerkschaften zu machen, dessen Kenntnis naturgemäß für die europäischen Bruderverbände derselben von hohem Interesse sein muß.

Seit einigen Tagen sind wir jedoch in den Besitz einer amtlicherseits publizierten Statistik gelangt, die, wenn auch ihre Angaben noch nicht völlig zweifelsfrei sind, doch die Anregung zu einer regelmäßigeren und dann natürlich auch der Wahrheit immer näher kommenden Statistik geben dürfte. Das Dezember-Bulletin des New-Yorker Departement of Labor veröffentlichte eine dem letzten Bericht des Bureau of Labor Statistics des Staates Iowa entnommene statistische Zusammenstellung der ziffermäßigen Stärke der amerikanischen Gewerkschaften zu Anfang des Jahres 1901, von denen ein Theil der Zahlen bereits durch die Industrie-Kommission der Vereinigten Staaten Verwendung erfahren hat.\* Diese Statistik unterscheidet folgende vier Gruppen von Gewerkschaften:

	Mitglieder
1. American Federation of Labor.....	1 211 245
2. Bruderschaften der Eisenbahner.....	146 880
3. Andere Gewerkschaften.....	136 100
4. „Ritter d. Arbeit“ u. unbenannte Gewerksch. 120 000**	
Zus. 1 614 225	

Zur „American Federation of Labor“ gehörten folgende Gewerkschaften:

Name der Organisationen	Mitglieder
1. Bäcker und Konditoren, Internat. Union, Gefellen.....	9 000
2. Barbier, Internat. Union, Gehülfen.....	6 900
3. Grobshniebe, Internat. Bruderschaft der.....	10 000
4. Kesselmacher und Eisenschiffbauer, Bruderschaft der.....	5 400

Name der Organisationen	Mitglieder
5. Buchdrucker, Internat. Bruderschaft der ...	4 000
6. Stiefel- und Schuharbeiter-Union.....	13 500
7. Brauerei-Arbeiter, Internationale Union der Vereinigten.....	22 500
8. Ziegemacher, National-Allianz.....	3 000
9. Besenbinder-Union, Internationale.....	1 000
10. Bau-Arbeiter, Internat. Bertheid.-Union d.....	10 000
11. Zimmerer und Tischler von Amerika, Vereinigte Bruderschaft der.....	70 000
12. Zimmerer u. Tischler, Vereinigte Gesellsch. d.....	3 000
13. Wagen- u. Wagonbauer, Internat. Union.....	2 000
14. Kettenmacher, National-Union der Vereinigten Staaten von Amerika.....	400
15. Cigarrenmacher, Internat. Union v. Amerika.....	35 000
16. Detail-Handlungsgehülfen, Internationale Bertheid.-Gesellschaft.....	30 000
17. Fassbinder, Internat. Union v. Nord-Amerika.....	4 500
18. Kernmacher, Internationale Union.....	4 000
19. Elektriker-Arbeiter von Amerika, National-Bruderschaft der.....	8 000
20. Techniker von Kohlenaufzügen (Schächten) National-Bruderschaft.....	950
21. Dampfmaschinenbauer, Internat. Union.....	7 500
22. Maschinenbauer, Vereinigte Gesellschaft der.....	2 500
23. Federal-Unions (lokale Gewerkschaft).....	235 000
24. Feuerwehrleute, Internat. Bruderschaft der Stations-.....	2 600
25. Schneider-(Kleidermach.)-Arbeiter v. Amerika, Vereinigte.....	22 000
26. Schneider-Arbeiterinnen, Internat. Union.....	2 000
27. Glasflaschen-Bläser-Gesellsch. a. d. Vereinigt. Staaten und Canada.....	4 000
28. Glasschleifer (=Schneider) Liga v. Amerika, (Fenster).....	900
29. Glas-Plattenmacher-Gesellschaft von Nord-Amerika (Fenster).....	500
30. Glasarbeiter-Union, Amerikan. (Flint-).....	9 000
31. Glasarbeiter-National-Union.....	500
32. Granitsteinbrecher-National-Union.....	12 000
33. Gutmacher von Nord-Amerika, Vereinigte.....	7 500
34. Hufeisenschmiede der Vereinigt. St. und Canada, Internationale Union.....	4 600
35. Hotel- u. Rest.-Angestellte, Internat. Alliance u. Kellner Internat. Liga von Amerika.....	10 100
36. Eisen-Former-Union von Nord-Amerika.....	40 000
37. Eisen-, Stahl- u. Blech-Arbeiter, Vereinigte Gesellschaft der.....	8 500
38. Juwelier-Arbeiter-Union v. Amerika, Internat.....	1 200
39. Schur-Gardinen-Arbeiter (Tapeziere) von Amerika, Vereinigte.....	1 000
40. Gittermacher, Spaliermacher auf Holz, Draht und Metall.....	1 000
41. Wäscherei-Arbeiter, Internat. Union der.....	5 000
42. Leder-Arbeiter auf Pferde-Geschirre, Verein. Bruderschaft der.....	3 700
43. Hafnarbeiter-Gesellschaft, Internationale.....	20 000
44. Maschinisten, Internationale Gesellschaft der.....	45 000
45. Fleischschneider u. Fleischer-Arbeiter v. Nord-Amerika, Vereinigte.....	8 320
46. Metall-Mechaniker, Internat. Gesellschaft der allierten.....	2 200
47. Metallpolierer-, Schläger-, Plattierer- und Messingarbeiter-Union v. Nord-Amerika.....	19 000
48. Metallarbeiter, Internat. Union, Vereinigte.....	1 500
49. Kohlen-Bergarbeiter v. Amerika, Vereinigte.....	275 000
50. Erz-Bergarbeiter, Fortschritt. Union der nördlichen.....	4 500
51. Musiker, Amerikanische Gewerkschaft der.....	6 500
52. Del- und Petroleumquellen-Arbeiter, Internationale Bruderschaft der.....	500
53. Maler, Dekorateurs und Tapezierer von Amerika, Bruderschaft der.....	32 000

\* Siehe auch „Corresp.“ Bl. Jahrg. 1901, S. 731.  
\*\* Auf Schätzung beruhend.

letzteren waren Kinder unter 14 Jahren 9347 (7408) und Jugendliche von 14—16 Jahren 334 847 (295 145). Die Zahl der billigsten jugendlichen Arbeitskräfte ist also absolut und relativ stärker gewachsen als die der weiblichen, und charakteristisch für unsere Reichs-Sozialreform ist auch die Zunahme der Kinderhände, die jetzt nicht mehr weit von der vor Inkrafttreten des 1891er erweiterten Kinderschutzes ermittelten Zahl entfernt ist. Als diese Gewerbeordnungs-Novelle 1892 in Kraft trat, wurden 11 339 Kinder unter 14 Jahren in deutschen Fabriken gezählt, deren Zahl bis zum Jahre 1894 rasch auf 4259 sank, seitdem aber von Jahr zu Jahr gestiegen ist, am rapidesten im Jahre 1900, und im darauffolgenden Jahre ihre ursprüngliche Höhe bereits wieder überschritten haben dürfte. So läßt sich die Wirkungslosigkeit der vielgerühmten sozialen Aera statistisch nachweisen. Diese Zahlenreihe eines Jahrzehnts bedeutet ein vernichtendes Urtheil für den reichsdeutschen Kinderschutz. Seine beabsichtigte Erweiterung auf das Gewerbe wird ebenso wirkungslos bleiben.

## Aus der Arbeiterbewegung.

### Internationale Bergarbeiterverhältnisse.

#### II.

Ist also die geschäftliche Lage dem Generalstreik unserer französischen Kameraden sehr ungünstig, wie steht's da mit dem Glanz der Masse? Nun, die mehr als mangelhaften Abstimmungen über den Generalstreik haben bewiesen, daß von einer Einmütigkeit der Masse keine Rede sein kann. Der Ruf nach dem „Greve general“ ist recht leicht auszustößen, aber die Führer tragen die Verantwortung! Das haben Lamendin, Basly, Evrard und Cotte auch wohl bedacht. Mit einer entschlossenen, zur Erbitterung gebrachten Masse kann man schließlich auch schlechte Konjunkturen und mangelhafte Organisationen wett machen; ja, wir erleben es jetzt wieder bei uns im Ruhrbecken, in der schlechten Zeit ist oft weit eher Streikluft vorhanden, als zur Hochkonjunktur, wo alle Anzeichen im Falle eines Kampfes auf einen Sieg der Arbeiter deuten. Diese Streikluft ist wilde Empörung über die willkürlichen Maßnahmen der Unternehmer — die Ruhrbergleute haben auch alle Ursache, mit ihren „Herren“ sehr unzufrieden zu sein. Sicher ist das auch bei den französischen Kameraden der Fall, aber die Abstimmung über den Generalstreik muß denn doch dem Streikluftigsten sagen: Es ist kein Glanz in der Masse! Mit Recht haben darum die genannten französischen Führer sich scharf gegen die heißblütigen Kampfhähne gewandt, die heute zum Streik aufrufen und morgen abreißen, den Leuten am Platte die Suppe zum Auslöffeln überlassend.

Nichts wäre leichter, als in Rheinland-Westfalen, in Schlesien, Sachsen oder Bayern in Bergarbeiterversammlungen für den Streik votieren zu lassen: Die Erregung ist sehr groß! Die führenden Personen haben vielfach Vorwürfe wegen „Leisetreterei“ zu hören.

Wo der Glanz der Masse nicht hinreicht, da kann nur eine gute Organisation, straffe Erziehung zur Disziplin ausbilden. Ist die übergroße Mehrheit der Berufsgenossen gut organisiert, dann kann eine Organisation der Kohlengräber auch in schlechter Geschäftszeit große Erfolge erzielen, wenn nicht anders, dann durch Streik. Denn Kohle ist das Lebenselement der Volkswirtschaft, auch in der Krise können die Kohlengruben vollständig auch nicht eine Woche stillliegen.

Jedoch, wie sieht's mit der Organisation der Bergleute Europas aus?

Möglich ist, daß die französischen Bergleute die schlechteste Organisation von Allen haben. Charakteristisch ist, daß es sehr schwer ist, verlässliche Mitgliederzahlen zu erhalten; ich bin persönlich mit Lamendin, Basly, Evrard u. A. bekannt, aber eine sichere Auskunft über die numerische Stärke der französischen Knappenorganisation gaben auch sie mir nicht. Es sollen etwa 35—40 000 Mineurs organisiert sein in einer Anzahl (4) Seitenverbänden (Gesamtbelegschaft rund 160 000 Köpfe); die Mehrheit im Norden. Ein Nationalcomité stellt die Verbindung her; daß sie eine sehr lose sein muß, lehren die öfteren Theilausstände gegen den Willen des zentralen Exekutivcomités. Ueber Beitragserhebung, Streiffonds usw. wird wenig Kontrollierbares bekannt. Zweifellos ist die derzeitige französische Bergarbeiterorganisation nicht im Stande, einen Streik über ganz Frankreich planvoll einzuleiten und durchzuführen.

Welche Schäden das Fehlen einer Zentralorganisation mit möglichst weitgehender Exekutivkraft gerade für die Bergarbeiterkämpfe im Gefolge hat, haben die österreichischen Knappen erfahren müssen im Vorjahre. Dort war die günstigste Konjunktur, auch eine bewunderungswürdige Tapferkeit der Masse war vorhanden, es fehlte „nur“ an einer straffen Organisation. Vor dem großen Streik gab es in Oesterreich 19 selbstständige Distriktsverbände mit zusammen etwa 15 000 Mitgliedern (Gesamtbelegschaft 1900: 140 774 Köpfe). Es fehlte an halbwegs guten Streiffonds und dennoch trat die Masse in den Streik, hielt Monate lang aus; bestand eine leitende, anerkannte Zentrale, so hätte sie zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert, als die Werksbesitzer eine Lohnerhöhung von 10—15 pSt. und Sonstiges zusagten. Dann schloß die gewaltige Bewegung mit einem sichtbaren Lohnerfolg ab, die Organisation hätte sich immens verstärkt und das Neunstundengesetz war doch sicher. Aber wer hörte damals auf die warnende Stimme? Heute befindet sich die österreichische Knappenorganisation in einer Krise, die vorläufig die Aktionskraft der Arbeiter lahmlegt.

Auch in Belgien kann keine Rede sein von einer achtunggebietenden gewerkschaftlichen Bergarbeiterorganisation. Wohl sind mir für 1900 rund 21 500 organisierte Mineurs in den Becken Charleroi, Borinage, Liège, Mons angegeben, aber sie sind in 39 selbstständige Syndikate zersplittert.\* 132 749 Bergarbeiter gab es überhaupt, Wohl haben die Vereine in dem Deputierten Cavrot einen Zentralpräsidenten, aber was nützt der Titel ohne Mittel. Cavrot gleicht manchmal dem bekannten Greis, seine Kameraden sind leichtflüssigen, romanischen Blutes, denen die Fessel der Zentralbehörde stets unbequem ist. Sodann pflegt der belgische bergmännische Gewerkschaftler mehr Gewicht auf das Produktiv- und Konsumgenossenschaftswesen zu legen, als auf die eigentliche gewerkschaftliche Arbeit. Unüberlegte, putzartige Streiks sind darum gerade in Belgien nicht selten.

Anders steht es freilich mit der englischen Bergarbeiterorganisation, die in mehr als einer Beziehung musterhaft ist. 1900 gab es 501 290 organisierte englische Bergleute, vertheilt in 59 Einzelverbänden. Etwa 420 000 haben sich in der Miners Federation (Präsident Picard) zusammengethan, die Uebrigen schlossen sich in der National Union (Wurt)

\* Gegenüber der in unserem Bericht über den Belgischen Gewerkschaftskongreß mitgetheilten Ziffer von 45 000 organisierten Bergarbeitern bemerkt Genosse Gué, daß seine hier angegebene Ziffer, die nur eigentliche Gewerkschaften umfasse, die richtige sei, während die andere Ziffer etliche Knappenorganisationen doppelt (einmal als Syndikate, das andere Mal als Genossenschaften) zu zählen scheint.

Name der Organisationen	Mitglieder
54. Papiermacher von Amerika, Verein. Brüder-	1 000
schaft der .....	
55. Modellmacher-Liga von Nordamerika .....	2 400
56. Plattendrucker (Kupfer- und Stahl drucker)	
National-Union der Vereinigten Staaten.	1 000
57. Arbeiter, Gas- und Dampfmonteure und	
Dampfmontagegehilfen, Verein. Gesellsch. der	15 000
58. Töpfer, Nationale Brüderschaft der .....	2 500
59. Buchdruck-Maschinenmeister-Union, Internat.	10 000
60. Eisenbahnangestellten von Amerika, Orden der	9 000
61. Eisenbahn-Telegraphisten, Orden der .....	15 000
62. Eisenbahnwärter, Brüderschaft der .....	4 500
63. Seemanns-Union, Internationale .....	9 515
64. Balz-Metallarbeiter, Internationale Gesell-	
schaft der Vereinigten .....	3 500
65. Baumwoll-Mutespinner-Gesellschaft .....	2 850
66. Bühnengestellte, National-Alliance der ..	3 800
67. Dampf- und Heißwasser-Monteure und Ge-	
hilfen, National-Gesellschaft der .....	2 000
68. Ofeneger, Internationale Union der .....	1 400
69. Straßenbahnangestellte von Amerika, Verein.	4 500
70. Tafelmesserschleifer National-Union .....	600
71. Tagsschneider-Union von Amerika .....	9 000
72. Pferdeputzler, Internationale Union .....	5 000
73. Textilarbeiter v. Amerika, Intern. Union d.	4 000
74. Dachdecker-Lager-Union, Internat. Mosaik-	
und Glanzziegel- .....	800
75. Weißblech-Arbeiter, Internat. Vertheidig.-	
Union von Amerika .....	2 500
76. Tabakarbeiter, Internationale Union .....	7 000
77. Stoff- u. Taschenmacher, Intern. Union ..	320
78. Typographische Union, Internationale .....	32 900
79. Volkstier, Intern. Union von Nordamerika	1 800
80. Uhrgehäuse-Graveure, Int. Gesellschaft der ..	500
81. Weber, Vereinigte Gesellsch. d. Gummiband-	355
82. Drahtweber-Vertheid.-Gesellsch., Amerikan.	235
83. Holzbildhauer-Gesellschaft von Nordamerika,	
Internationale .....	2 000
84. Holzarbeiter, Internat. Union von Amerika,	
Vereinigte .....	17 500

Zusammen: American Federation of Labor. . . 1 211 245

Nicht genannt sind in dieser Zusammenstellung die zur Federation of Labor gehörigen Gewerkschaften der Hohenarbeiter, Brücken- und Eisenkonstruktionsarbeiter, der Carzmacher (Wagenbauer) und Pflastersteinbrecher (Bavingcutters), die erst im letzten Jahre gegründet worden sind. Der Geschäftsbericht des Sekretärs des Executive Councils, Frank Morrison, auf der Scranton-Convention theilt mit, daß seit der vorjährigen Convention die Zunahme an Mitgliedern 364 410 betragen habe. Es ist jedoch nicht angängig, diese Ziffer der vorstehenden amtlichen Statistik hinzuzurechnen, da beide Zählungen offenbar von verschiedenen Erhebungsterminen ausgehen. Für einige Gewerkschaften wird in dem Geschäftsbericht eine größere Zunahme angegeben, als die amtlicherseits publizierte Statistik Mitglieder anzeigt, für andere Gewerkschaften stehen die Zahlen der letzteren wiederum in Widerspruch mit den neuerlichen Angaben der Sekretäre (siehe „Die amerikanischen Gewerkschaften im Jahre 1901“ Seite 42 dieser Nummer).

Von den übrigen Gewerkschaftsgruppen zählen die „Brüderschaften der Eisenbahner“ folgende Gewerkschaften:

1. Orden der Eisenbahnführer .....	25 280
2. Maschinisten, Brüderschaft der Lokomotiven-	35 000
3. Feuerleute, Brüderschaft der Lokomotiven- ..	36 600
4. Eisenbahnzugpersonals, Brüderschaft des ...	45 000
5. Weichensteller-Union von Nord-Amerika .....	5 000*

Zusammen: Eisenbahnerbrüderschaft 146 880

\*) Schätzung.

Dr. 3

Zur dritten Gruppe „Andere Gewerkschaften“ gehören:

1. Ristenbauer .....	5 500
2. Maurer und Steinmeger, Internat. Union .....	39 000
3. Rundschnneider .....	3 800
4. Maschinenbauer, Unterstüß.-Gesellsch. (Marine)	6 000
5. Briefträger, National-Gesellsch. der .....	15 000
6. Lithographen, Internat. Vertheid.-u. Unterstüß.-	
Gesellschaft .....	2 100
7. Bergarbeiter, Wesf. Gewerkschaft der (Gold,	
Silber und Kupfer) .....	40 000
8. Pianomacher, Internat. Union .....	7 700
9. Stukkateure, Internat. Gesellsch. d. arb. ....	7 000
10. Steinarbeiter, Gesellsch. von Nord-Amerika ..	10 000

Zusammen: Andere Organisationen ... 136 100

Die letzte Gruppe, deren Gesamtmitgliederszahl nur auf Schätzung beruht, ist nicht spezialisiert. Ihre Organisationen und Verbreitung entzieht sich zur Zeit noch jeder näheren Kenntnis.

Wir hoffen, daß der amtlicherseits beschrittene Weg einer Gewerkschaftsstatistik die amerikanischen Gewerkschaften bald zur Veröffentlichung einer eigenen Statistik veranlassen wird, die ihnen, wie der gesamten Arbeiterbewegung aller Länder nur von Nutzen sein kann.

#### Ueber die Trusts in den Vereinigten Staaten

hat das Censusbureau am Jahreschlusse 1901 einen Bericht veröffentlicht, wonach im Jahre 1900 (eindeutend am 30. März 1900), 188 „industrielle Kombinationen“ existierten, denen 2029 Anlagen unterstanden; 174 der letzteren waren außer Betrieb gesetzt. 63 dieser Korporationen waren vor dem Jahre 1897 organisiert worden, und 92 oder 50,3 pSt. wurden zwischen dem 1. Januar 1899 und dem 30. Juni 1900 gegründet. Das autorisierte Kapital und die ausgegebenen Aktien der verschiedenen Trusts betragen: Total autorisiert Doll. 3 607 539 200, verausgabt Doll. 3 085 200 868, autorisierte Bonds Doll. 270 127 250, verausgabte Doll. 216 412 759, autorisierte vorzügliche Aktien Doll. 1 259 540 900, verausgabte Doll. 1 802 262 146. Die United Steel Company ist in dem Bericht nicht mit eingeschlossen, ebensowenig wie die Cigars Co. und alle anderen Trusts, die erst im letzten Jahr gegründet wurden.

Der Werth der von den Trusts gelieferten Produkte beläuft sich während des Censusbereichs auf Doll. 9 372 437 283. Die 183 Korporationen beschäftigten durchschnittlich 399 192 Arbeiter, die ungefähr Doll. 194 534 715 verdienten. Weiter wurden 24 585 salarierete Beamte beschäftigt, die zusammen pro Jahr Doll. 32 653 628 verdienten. Allgemeine Ausgaben hatten die Trusts Doll. 151 851 077, und das Rohmaterial kostete Doll. 1 085 828.

Der Bericht erklärt: „Die Statistik wurde ausgearbeitet, um dem Wunsche des Publikums Rechnung zu tragen, welches Information über die in den letzten Jahren inkorporierten Korporationen wünschte. In der Statistik sind nur die Vereinigungen aller Fabriken und Werke berücksichtigt worden, deren Werke früher anderen Besitzern gehörten und die nur zur Gründung einer Kombination aufgekauft, und für die letztere als solche ein Charter erwirkt wurde.“ Auffallenderweise werden hier die Trusts mit dem schönklingenden Namen „Industrielle Kombinationen“ genannt; das Wort Trust ist im ganzen Bericht überhaupt nicht zu finden. Die Zahl der Arbeiter läßt erkennen, welche immense Macht die Trusts schon erreicht haben.

Die Zahlen der Jugendlichen und Arbeiterinnen in deutschen Fabriken waren im Jahre 1900, wie der neueste Band der Statistik des Deutschen Reiches mittheilt, folgende: In 46 217 (40 249) Fabriken wurden 834 290 (798 408) Arbeiterinnen, und in 65 932 (47 829) Fabriken 344 194 (302 553) Jugendliche beschäftigt. Von



zusammen. Die Letztere repräsentiert den konservativsten Trades-Unionismus, will sie doch keinerlei gesetzgeberische Maßnahmen für oder gegen die Arbeiterschaft, Alles soll allein durch die Kraft der Gewerkschaft erreicht werden. Auf dem letzten internationalen Bergarbeiterkongress (Paris) war denn auch die National Union nicht mehr vertreten. Moderneren Anschauungen huldigt zwar die Miners Federation, aber stets verbrämt mit angelsächsischem Eigensinn, der nicht einsehen kann, daß die englische Industrie lange nicht mehr die erste der Welt ist. Diese starke Bruderorganisation könnte die Erhöhung der englischen Kohlenausfuhr nach Frankreich, im Falle eines dortigen Generalstreiks, verhindern, wie sie ja in Süd-Wales und Schottland jetzt durch Einschränkung der Förderung den Standardlohn hochhält. Aber ich fürchte, es fehlt den englischen Miners, bezw. ihren Führern, noch an der nötigen Einsicht dessen, was nötig ist, um die ganze europäische Bergarbeiterschaft auf den status quo der englischen zu bringen. Ich fürchte, die englischen Kameraden sehen nicht ein, daß sie sich selbst die schärfste Konkurrenz machen, indem sie den Vorgängen auf dem Kontinent mit ziemlichem Gleichmuth zusehen. Sicher ist, daß vor einigen Wochen in Dover englische Bergarbeiterführer großes Gewicht auf mögliche Erhöhung der englischen Kohlenausfuhr legten und von den ihnen vorgestellten Möglichkeiten sich nicht irritieren ließen. Auf dem nächsten internationalen Bergarbeiterkongress, der wahrscheinlich zu Pfingsten 1902 in Düsseldorf stattfindet wird, dürften die angedeuteten Vorgänge zur Sprache kommen.

Näme noch Deutschland in Betracht. Hier bestehen drei eigentliche Bergarbeitergewerkschaften. Die eine (christliche), im Oberbergamtsbezirk Bonn, giebt neuerdings die Mitgliederzahl auf 10 000 an, 1500 weniger als im Vorjahre. Die zweite, an ihrer Spitze Bruist, will laut Vereinsorgan 36 500 Mitglieder haben, giebt aber (Ende November!) selbst an, daß eine Reihe Zahlstellen noch nicht für August abrechneten! Viele ständen noch für September aus, von Oktober und November redet der „Bergknappe“ (Ende November!) erst garnicht, was ein helles Licht wirft auf die inneren Verhältnisse des „Christlichen Gewerksvereins der Bergleute Deutschlands“. Daß er zurückgeht, ist heute garnicht mehr zu bestreiten, auch garnicht zu verwundern, Angesichts der Promucheragitiation und der Arbeiterverhegung seines Organs. „Wo sind die 36 500 christlichen Mitglieder?“ fragt man hohnlächelnd im Ruhrbecken, denn viele große Ortschaften giebt es hier, wo man den Gewerksverein garnicht kennt. Man wird diese Angaben bestreiten, aber ich bin gern bereit zur Beibringung der Beweise. Die dritte, der „alte Verband“, wird am Jahreschlusse wohl bald 38 000 Mitglieder zählen, etwa 1400 mehr als im Vorjahre. Die Krise hat zwar noch nicht viele tausend arbeitslose, aber ängstliche Bergleute geschaffen, besonders in Mitteldeutschland, wo dem Verband im Laufe dieses Jahres an die 2000 Mitglieder brutal weggenommen sind. Diesen Verlust haben wettgemacht und auch noch den Zuwachs geliefert, das Ruhrgebiet und Oberschlesien, eine Thatsache, die gewerkschaftspolitisch hoch lehrreich ist. Das Eine steht fest, der „alte Verband“ hat trotz der Krise noch keinen Rückgang erlitten und hoffentlich übersteht er die schlechte Zeit ohne Schwächung. An innerer Festigkeit und Leistungsfähigkeit hat die Organisation bedeutend zugenommen. Sie ist heute die stärkste Bergarbeiterorganisation auf dem europäischen Festlande.

Fassen wir die Mitglieder der drei deutschen Bergarbeiterverbände zusammen, so kämen wir zu

83—84 000 organisierten Knappen, oder etwa 20 pZt. der hauptsächlich in Betracht kommenden Berufsgeossen. Wäre diese Masse einheitlich organisiert, dann könnte sie schon in dem Hauptrevier ausschlaggebend sein. Aber sie langte immerhin noch nicht zur Einleitung einer Aktion großen Stils, erst recht nicht, wenn es sich um eine internationale Bewegung handelt, denn dazu würde sich ein nationaler Generalstreik auszuwachsen müssen, um auf alle Fälle erfolgreich zu sein. Zunächst wäre an passiver Hilfe der nicht vom Streik bedrohten Länder zu denken.

Keines der in Betracht kommenden Länder ist also zur Zeit im Stande, einen eventuellen französischen Generalstreik passiv oder aktiv zu unterstützen; die es könnten, die Engländer, werden es wahrscheinlich nicht thun! Die französische Knappenorganisation selbst ist noch sehr unausgebildet — ich wüßte nicht, was ich augenblicklich für Gründe für den Generalstreik der Franzosen anführen könnte. Alle Gründe sprechen dagegen. Ob es nicht dennoch zur Arbeitsniederlegung kommt, steht dahin.

Natürlich bin ich nicht gegen die Forderungen der Franzosen, obwohl mir die Frage des gesetzlichen Minimallohnes noch nicht genügend geklärt erscheint. Den höchsten Werth wird jeder Sozialpolitiker der Forderung nach dem Achtstundengesetz beilegen. Gelingt es den französischen Bergleuten auch nur, dem Entwurf Odilon Barotts Gesetzeskraft zu verschaffen, so ist ein Werk von internationaler Bedeutung gelungen, das wir schon lange in England erzielt haben könnten, wenn nicht die blöde Nurgewerkschafterei der National Union und auch anderer Kreise im Wege ständen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß aber England rasch dem französischen Beispiel folgt, liegt doch ein Gesetzesentwurf im Unterhause, der den Bergleuten die Achtstundenschicht inklusive Ein- und Ausfahrt („from Bank to Bank“) schon am 1. Januar 1902 gesetzlich sichern wollte. Wenn nur die Arbeiter energisch aufgetreten wäre, wäre das Gesetz zum angelegten Termin in Kraft getreten.

Sowie es in Frankreich und England zur gesetzlichen Festlegung der bergmännischen Achtstundenschicht kommt, wird Belgien nicht mehr lange zögern und dann — dürfte auch im „Reiche der Sozialreform“, in Deutschland das gethan werden, wozu die von Wilhelm II. einberufene internationale Arbeiterkonferenz (1890) anregte. Die Bergarbeiterverhältnisse Deutschlands sind derart, daß wir schon längst Abhilfe durch Gesetze nötig hatten; aber „oben“ ist keine Zeit dazu vorhanden. Wer die Stimmung der Arbeiter kennt, weiß, daß es zum Ausbruch der Empörung kommen muß, wenn auch dann noch die Berggesetzreform auf die lange Bank geschoben wird, wenn in den „Konkurrenzländern“ die Arbeiterforderungen bewilligt sind. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird es in Frankreich zwar nicht zum Generalstreik der Kohlengräber kommen, aber sie werden ein Schutzgesetz erreichen, das einstweilen zum Muster werden kann für die anderen Bergwerksländer.

Dezember 1901.

Otto Hué.

#### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Eine Versammlung der Berliner Barbiergehülfen ersuchte die zuständigen Behörden auf Grund des § 100 5 e der R. G. O. die Beschäftigung von Gehülfen und Lehrlingen an den zweiten Oster-, Pfingst- und Weihnachtstagen nicht zu gestatten, sowie auf Grund des § 41 b der G. O. Novelle den Geschäftsclaus für das Barbier-, Friseur- und Perrückenmachergerber an den zweiten Oster-, Pfingst- und Weihnachtstagen anzuordnen.

Der Verband der Blumen-, Blätter- und Federarbeiterinnen giebt ein Verbandsorgan heraus, das unter dem Namen „Verbands-Mittheilungen“ nach Bedarf erscheint, nach Erstarren des Verbandes aber zu einem regelmäßigen gemacht werden soll. Die uns vorliegende Nr. 1 fordert zu lebhafter Agitation für den Verband auf, worum auch wir die Kartelle mit Hinweis auf unsere besondere Mittheilung in dieser Nummer des „Corr.-Bl.“ ersuchen. — Der Verband der Böttcher veröffentlicht die Ergebnisse seiner auf das erste Quartal 1901 bezüglichen Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. — Die Tarifeinführung der deutschen Buchdrucker ist in einigen Städten, so in Lübeck, Chemnitz und Leipzig, auf den Widerstand der Prinzipale gestoßen, der sich vor Allem in Leipzig zu einem Konflikt zuspitzen scheint. Eine Versammlung von Leipziger Druckereibesitzern beschloß für die einzelnen Druckorte Sachsens erhebliche Herabsetzungen der Lohnskala, welche Differenzen von 0,32 bis 1,32 enthält. Sollten die sonderbündlerischen Leipziger Prinzipale ihren Tarifbruch-Standpunkt aufrecht erhalten, so würde die friedliche Tarifeinführung durch einen Kampf in der hervorragenden Druckstadt gestört, dessen Ausgang garnicht fraglich sein kann. In Rheinland-Westfalen scheint der Tarif überall Anerkennung zu finden. — Seltsame Praktiken scheinen in Filialkreisen des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter zu herrschen. Aus einem Aufsatz des Verbandsvorsitzenden in Nr. 1 des Verbandsorgans geht hervor, daß einzelne Filialverwaltungen die Gelder der Hauptkasse einfach für lokale Unterstützungszwecke verbrauchten, so daß der Vorstand keine Gelder bekam. Man schrieb bei der Quartalsabrechnung: „Wir können für das verflossene Quartal keine Beiträge an den Verbandsvorstand abführen, da wir die ganzen Gelder für Unterstützung brauchten.“ Die betreffenden Filialen betrachteten ihr Verhältnis zu dem Verbandsvorstand als ein sehr loses und führten Gelder für den Verband nach ihrem Belieben ab. Drang der Verbandsvorstand auf Erfüllung der statutarischen Pflichten und drohte eventuell mit dem Abbruch der Beziehungen, so erklärten diese Filialen, daß sie sich dann einfach lokal organisieren und ihnen sowieso an der Zugehörigkeit zum Verbandsvorstand wenig gelegen wäre. Infolgedessen entwickelten sich einzelne Filialen zu reinen Unterstützungsclubs, für gewerkschaftliche Zwecke geben sie so gut wie gar keine Gelder mehr aus. Es sind allerdings eigenartige Methoden, mit fremden Geldern Unterstützungen einzuführen. Solchen Filialen sollten die Eigenschaftsbegriffe doch etwas geschärft werden.

Der Zentralverband der Maurer hat den angenehmen Erfolg zu verzeichnen, daß die „Freie Vereinigung der Maurer Braunschweigs“, eine der ältesten und stärksten Filialen der Kater'schen Sonderorganisation, sich auflöste und die Mitglieder dem Zentralverbande beitraten. Der Beschluß erfolgte mit 198 gegen 50 Stimmen. Ihm war eine Konferenz der sonderorganisierten Maurer des Herzogthums Braunschweig vorangegangen, die durch Braunschweig und zehn andere Orte besetzt war und unter Teilnahme der Vorsitzenden des Zentralverbandes und der Sonderorganisation die Uebertrittsfrage behandelte. Diese Konferenz war einberufen von den Braunschweiger Maurern, die die Anregung zu den am Widerstand von Kater und Genossen gescheiterten Einigungsverhandlungen zwischen beiden Organisationen gegeben hatten und mit deren Ausgang unzufrieden waren. Auf der Konferenz wurde folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß eine Arbeiterorganisation, deren Aufgabe es ist, im Kampfe gegen das Kapital

die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu heben, möglichst alle Arbeiter in sich vereinigen muß, in weiterer Erwägung, daß die prinzipiellen Gegensätze, welche bisher noch hemmend zwischen den Organisationen der Maurer vorhanden waren, beseitigt sind — und in fernerer Erwägung, daß durch die Verhandlungen der beiden bestehenden Maurerorganisationen leider keine Einigung erzielt wurde, beschließt die heutige Konferenz: Alle anwesenden Delegierten verpflichten sich, möglichst eingehend in den Versammlungen ihrer Organisation darüber zu diskutieren, ob es zweckmäßig sei, sich dem Zentralverband der Deutschen Maurer anzuschließen.“

Die Delegierten aus Blankenburg und Wernigerode enthielten sich der Abstimmung.

Nach dem Abfall der Hallenser folgt der der Braunschweiger von der Kehler'schen Garde. Es tracht also dort trotz der Reorganisation weiter. Die besten und zahlungsfähigsten Stützen ziehen sich zurück und die Uebrigbleibenden werden bald nicht mehr die Lust haben, ihrem Schutzpatron die hohen Gehälter zu zahlen. Der „Einigkeit“ ist der Uebertritt der Braunschweiger natürlich ebenso „unbegreiflich“, wie andere Einheitsbestrebungen der Arbeiter, die die Pläne ihres Schriftleiters über den Haufen warfen. — Die Berliner Maurer haben ihren Arbeitsvertrag mit den Unternehmern ohne wesentliche Abänderungen um ein weiteres Jahr verlängert.

Die „Fachzeitung für Schneider“ blickt auf ein 15jähriges Bestehen zurück. Sie ist dem Verbandsvorstande allezeit ein treuer Berather und Wegweiser gewesen.

Der deutsche Tabakarbeiterverband hat gegen die Polizeidirektion in Braunschweig Klage auf Herausgabe der am 16. September von dieser Behörde beschlagnahmten Bücher und Gelder des Verbandes angestrengt. Der Vertreter der Polizeidirektion beantragte vor dem Landgericht die Verweisung der Klage an den Verwaltungsgerichtshof, da es sich um eine Verwaltungsmaßregel handele. Der Vertreter des Verbandes erwiderte, daß auch dort schon Klage erhoben sei, hielt aber gleichzeitig die Klage vor dem Landgericht aufrecht. Die Entscheidung wurde ausgesetzt.

Der Verband der Töpfer veröffentlicht das Ergebnis seiner fortlaufenden Arbeitslosen-zählung vom Monat Dezember aus 121 Orten, wonach 565 Ofenseker, 125 Werkstubenarbeiter und acht Scheibentöpfer arbeitslos waren, während nur 43 offene Stellen für Ofenseker, fünf für Werkstubenarbeiter und fünf für Scheibentöpfer vorhanden waren. Gegen November ist die Arbeitslosenziffer der Ofenseker um 100 zurückgegangen, dagegen die der Werkstubenarbeiter um 104 gestiegen. In 33 Orten waren keine Arbeitslosen, in 13 Orten fanden Arbeitszeiteinschränkungen statt. — Die Filiale Berlin des Verbandes der Vergolder beschloß die obligatorische Einführung einer lokalen Arbeitslosenunterstützung, zu welchem Zwecke der wöchentliche Lokalbeitrag von 10 auf 25 S erhöht wurde. Nach dem Statut haben die in den Filialen gefaßten Beschlüsse bindende Kraft.

#### Von den ausländischen Gewerkschaften.

Großbritannien. Die Nationalföderation der englischen Vergleute hat beschlossen, bei den nächsten Parlamentswahlen energisch in die politische Bewegung einzugreifen. In allen Wahlkreisen, wo für den Arbeiterkandidaten Aussicht auf Erfolg besteht, sollen solche aufgestellt werden. Wie Reynolds's „Newspaper“ mittheilt, will die Vergarbeiterföderation in 35 Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen. —

Etwas 1000 Delegierte von Gewerkschaften und Genossenschaften Großbritanniens treten am 14. und 15. d. M. in Exeter Hall, London, zu einer Konferenz

zusammen, um über einen Plan resp. Gesetzesentwurf betreffend staatliche Alterspensionen für Arbeiter zu beraten. Die Pension soll mit dem 60. Lebensjahre beginnen und sich zwischen 5 bis 8 Schilling wöchentlich bewegen, anderweitige Versicherung oder Unterstützung nicht eingerechnet. Die hierzu nötige Summe wird auf 23 Millionen Pfund Sterling jährlich geschätzt.

**Italien.** Der Sitz des neugegründeten Landarbeiterbundes ist nach Bologna verlegt worden. Das Exekutivcomité hat folgende Bestimmungen getroffen. Dem Bund können alle Organisationen der Landarbeiter, Tagelöhner, Hüter, Knechte usw. beitreten, die den Klassencharakter angenommen haben und für die Bergesellschaftung des Bodens und der Produktivität eintreten. Ferner sind zugelassen, die Korporativgenossenschaften und die Widerstandsvereinigungen der Hinterlassen, Halbpächter und kleinen Besitzer, welche obiges Programm anerkennen.

### Die amerikanischen Gewerkschaften im Jahre 1901.

#### I.

Anlässlich der im Dezember 1901 in Scranton stattfindenden 21. Jahreskonvention der „American Federation of Labor“ ersuchte die Redaktion des „American Federationist“ am 1. November die Nationalsekretäre der angeschlossenen Verbände um Berichte über die gegenwärtige Geschäftslage in ihren Berufen und über die Fortschritte ihrer Organisationen, sowohl hinsichtlich der Mitgliederzahlen, als auch in Bezug auf Erringung wirtschaftlicher Vortheile. Die Redaktion war darnach in der Lage, bereits im Dezemberheft des „American Federationist“ die Berichte von 23 Verbänden zu veröffentlichen, die überaus werthvolle Einblicke in die Entwicklung unserer Bruderorganisationen gestatten und deren auszugswise Mittheilung für unsere Gewerkschaften von hohem Interesse ist. Vor Allem ist es erwähnenswert, daß fast sämtliche Verbände über eine außerordentlich günstige Geschäftslage im verflossenen Jahre berichten, theilweise über eine solche, wie sie seit Jahren nicht zu spüren war. Damit im Einklange stehen die Ergebnisse der amtlichen Arbeitslosenstatistik im Staate Newyork (siehe Seite 22), die im Herbst 1901 eine weit geringere Arbeitslosigkeit als im Vorjahre aufweist. In den europäischen Ländern hat sich die Wirtschaftskrisis im Herbst 1900 eingestellt und gegen das Jahr 1901 hin verschärft; sie ist noch gegenwärtig im Wachsen begriffen.

Dementsprechend wird auch allgemein eine Zunahme der Gewerkschaften an Mitgliedern konstatiert, und auch die wirtschaftlichen Aktionen brachten den Mitgliedern im Allgemeinen Vortheile.

Namens der Bäcker berichtet Sekretär Harzbecker, daß der Verband bei guter Geschäftslage 72 Lokalverbände mit 3762 Mitgliedern gewann und die Kranken- und Sterbefälle bei vermehrter Mitgliederzahl ein Vermögen von \$ 15.648 erreichte. Namentlich schlossen sich Viele vom westlichen Arbeiterbunde organisierten Ortsverbänden an. Die Bewegung für die Verbandsmarke ist reger; eine Bonbonfabrik in Nashville (Tenn.) wird dieselbe bald anerkennen. Neun Streiks wurden gewonnen.

Die Buchbinder (Sekretär Dougherty) hatten im Berichtsjahr eine Zunahme von 2940 Mitgliedern; neue Zweigvereine werden fortwährend geschaffen. In Philadelphia, Buffalo, Chicago, Boston, New-York und St. Louis kamen Streiks wegen des Verbandslohntarifs vor, von denen zwei noch nicht entschieden, die übrigen gewonnen sind. Für Streikunterstützung wurden \$ 10.928 gezahlt.

Die Dachdecker (Sekretär Reynolds) hatten bei vorzüglicher Geschäftslage keinen einzigen Streik.

Der Verband nahm um 6 Ortsverbände und 600 Mitglieder zu und hofft, bald alle bemerkenswerthen Plätze organisiert zu haben.

Die Damenschneider (Sekretär Braff) berichten lediglich über ihre Konflikte mit den Unternehmern und Richtern, unter deren Streikpostenverboten und Urtheilen sie sehr zu leiden hatten. Infolge von Lohnrückereien und Arbeitszeitverlängerungen mußten die Mäntelarbeiter Schutz im Verbandsuchen und die Kämpfe nahmen ihren Anfang. Während etwa 75 Fabrikanten die Lohnforderungen der Arbeiter anerkannten, schlossen sich einige gewerkschaftsfeindliche Unternehmer zur Vernichtung des Verbandes zusammen, ließen die Streikposten angreifen und führten mit Hilfe der Polizei und gemieteter Agenten deren Verhaftung herbei. Richter Cornell besorgte das Uebrige; kaum Einer der Postenstreiker kam ohne hohe Geldstrafe los, welche Maßnahmen dem Verband \$ 4000 an Strafen und Gerichtgebühren kosteten. Als dies nichts fruchtete, versuchten die Fabrikanten einen richterlichen Einhaltsbefehl zu erwirken, den ihnen der Richter Truag verweigerte. Nunmehr bekämpften sie die Organisation der Arbeiter auf Leben und Tod, so daß der Verband sich auf die Mithilfe der „American Federation of Labor“ stützen mußte, die die Fabrikate der Unternehmer boykottirte. Der Kampf währt noch fort.

Die Drahtweber (Sekretär Ashworth) hatten bei vorzüglicher Geschäftslage keinen einzigen Arbeitslosen. Die Beziehungen zu den Unternehmern sind gute, die Verbandsmarke wird anerkannt, und nur eine einzige größere Fabrik in Appleton (Wisc.) steht außerhalb der Organisation. Die Löhne sind seit 30 Jahren dauernd hochgehalten. Die Mitglieder haben durch solidarisches Eintreten für die allgemeinen Arbeitsinteressen in Essex den Zigarrenmachern eine Anzahl Läden gesichert, die nur Zigarren mit dem Unionlabel führen. Durch Druck auf ein Schuhwarenmagazin wurde die Anerkennung des Labels der Schuhmacher seitens zweier Fabriken erzwungen, und in Belleville wurden binnen Jahresfrist die Labels für zahlreiche Bedarfsartikel zur Anerkennung gebracht.

Die Gastwirthsgeschülfe (Angestellte in Hotels und Restaurants) haben seit Jahresfrist 17 neue Verbände organisiert und ihre Mitgliederzahl verdoppelt. Sekretär Sullivan berichtet, daß viele Ortsverbände kürzere Arbeitszeit erlangten, was vor Westehen der Organisation überhaupt nicht für möglich gehalten wurde. Ein hoher Prozentsatz der Mitglieder theilte sich an Unterstüßungseinrichtungen, die für die Organisation werben. Streiks kamen in Denver und San Francisco vor; der letztere ist noch nicht entschieden, steht aber durchaus günstig. Bei dem ersteren hatten die Streikenden mit einem richterlichen Postenverbot zu kämpfen, das aber die Durchführung des Boykotts nicht hindern konnte.

Die Graveure auf Uhrgehäusen (Sekretär Haubold) sind erst seit zwei Jahren organisiert und erreichten trotz vieler Arbeitslosen und trotz einer hartnäckig geführten Aussperrung seitens der Unternehmer über das ganze Land eine 10—17prozentige Lohnerhöhung. Die Geschäftslage ist seit zwei Monaten außerordentlich günstig und verspricht auch für 1902 gute Aussichten. Die erwähnte Aussperrung begann schon im Jahre 1900 in Keystone und wurde am 26. März 1901 wieder von vier der größten Gehäusfabrikanten aufgenommen, welche 35 pCt. der Verbandsmitglieder auf die Straße warfen. Von den 178 Aussperrten sind 142 bereits wieder untergebracht; die übrigen sind entschlossen, die Anerkennung ihrer Organisation durchzusetzen. Der Kampf gegen die Keystone-Uhrgehäuse-Compagnie kostete bereits

im Jahre 1900  $\text{M}$  120 000 und die diesjährige Ausperrung ebenfalls  $\text{M}$  80 000.

Die Handlungsgehülfe (Retail-Clerks, Sekretär Morris) erfuhren im Berichtsjahre eine Zunahme von 21 Ortsverbänden und 1100 Mitgliedern. Ihre Mitgliederzahl wird auf 25 000 angegeben. Der Verband erzielte große Fortschritte seiner Bewegung für frühen Ladenschluß, worin er von den Mitgliedern anderer Gewerkschaften unterstützt wird — hatte jedoch unter richterlichen Einhaltsbefehlen zu leiden, welche das Postenstehen vor spätschließenden Ladengeschäften verbot. Es soll indeß gegen diese richterlichen Maßnahmen Berufung eingelegt werden.

Die Holzarbeiter (Sekretär Th. J. Kidd) hatten ausnahmsweise eine gute Geschäftslage und erwarten eine „blühende Zukunft“. Ihre „Verbandsmarke“, die zur Einführung des Neunstundentages verpflichtet, wurde in den letzten Monaten von sechs Firmen anerkannt. Die Bauischlermeister von Chicago gewährten für 1200 Verbandsmitglieder eine Lohnerhöhung von 25 Cent ( $\text{M}$  1,05) pro Tag. Im Oktober schlossen sich 12 neue Ortsvereine dem Verbande an.

Die Putzmacher (Sekretär Philipps) hatten ebenfalls eine hohe Geschäftsbliüthe zu verzeichnen. Während sonst gewöhnlich eine Frühjahrs- und eine Herbstsaison, unterbrochen von längerer Arbeitslosigkeit mit allen bei diesen Zuständen bekannten unglücklichen Folgen herrschen, waren diesmal alle Arbeiter das ganze Jahr hindurch voll beschäftigt und nicht einmal Streiks, Aussperrungen oder Maßregelungen waren bemerkbar, wenigstens nicht solche von Belang. Der Verbandsmarke verdankt der Verband seine gebesserten Verhältnisse; er hofft, daß die Arbeiterschaft ihn in seinem Kampfe auf diesem Gebiet auch ferner hilfreich zur Seite stehe.

Die Juweliere (Sekretär Herwig) haben bei günstiger Geschäftslage infolge Einführung von Unterstützungen ihre Mitglieder außerordentlich vermehrt, besonders in Newyork. In Cincinnati und Toronto ist eine Bewegung für Einführung einer Verbandsmarke. Der „American Federationist“ veröffentlicht bereits die Anerkennung eines solchen Labels.

Die Maschinisten haben im Berichtsjahre den großen Neunstundenkampf, der am 29. Mai begann, siegreich durchgeführt und auch vielen Arbeitern anderer Berufe den Vortheil der verkürzten Arbeitszeit erkämpft. Während sonst gegen Ende des Jahres zahlreiche Entlassungen erfolgten, hatten die durch den Streik verursachten Arbeitsausfälle eine anhaltende Beschäftigung aller Mitglieder zur Folge.

Die Musiker (Sekretär D. Miller) nahmen im Berichtsjahre 43 Ortsverbände (davon drei in Canada) auf. Ihre Organisation hat nach Jahre langer Propaganda erreicht, daß dem Marine-Musikcorps in Washington verboten wurde, Engagements in Theatern anzunehmen, die dieses Corps bisher monopolisierte. Wer bisher dem Marine-Musikcorps nicht beitrug, der konnte nicht in Washington seinen Unterhalt finden. In Chicago, wo der dortige Zweigverein wegen Gehorsamsverweigerung ausgeschlossen wurde, bildete sich ein neuer Ortsverein des Verbandes, und Organisation und Disziplin lassen jetzt nichts mehr zu wünschen übrig.

Die Ofenseher und Stahlrostleger (Sekretär Käfer) erlangten bei guter Geschäftslage und ständiger Ueberarbeit in Philadelphia 10 bis 40 pZt. Lohnerhöhung; auch an anderen Plätzen fanden Lohnerhöhungen statt. Die Anstellung zweier Beamter hat bei der gütlichen Streitbeilegung erfolgreiche Dienste geleistet. Im Berichtsjahre wurden 9 neue Ortsvereine mit 275 Mitgliedern organisiert;

in Canada wird an der Organisation lebhaft gearbeitet. Die Stahlrostleger sind der Organisation zugänglich geworden, nur die Mustermacher und Feiler stehen derselben noch fern.

Die Del- und Petroleumquellenarbeiter (Sekretär Mullen) hatten eine gute Geschäftslage, nirgends Streiks und Sperren. Die dritte Jahreskonvention führte eine Unterstützungskasse für Kranke und Invalide (Unterstützung Doll. 5, gleich  $\text{M}$  21 pro Woche), wofür der Beitrag von 81  $\text{S}$  auf  $\text{M}$  1,05 erhöht wurde. Das niedrigste Eintrittsgeld beträgt  $\text{M}$  12,50.

Die Pflastersteinbrecher (Sekretär Patterson) sind erst seit August 1901 organisiert, daher in der vorstehenden Statistik noch nicht verzeichnet. Der Beruf hatte vorher zerrüttete Verhältnisse, lange Arbeitszeit, Lohnherabsetzungen bis zu 40 pZt. Das Aufraffen zur Organisation und zum Widerstand erzielte bereits den Erfolg, daß ein Drittel der Mitglieder den Achtstundentag durchsetzte. Der Verband zählt bereits zwölf Ortsvereine.

Die Schmiede (Grobschmiede, Sekretär Karr) haben im letzten Jahre 75 neue Ortsverbände mit über 3000 Mitgliedern organisiert; ihr Verband nahm an der Neunstundenbewegung lebhaften Antheil und erzielte auch allgemein Erfolge. In San Franzisko ist der Kampf noch nicht entschieden, aber erfolgversprechend, nachdem ein Ring der Metallfabrikanten nach und nach in Stüde geht. Die diesjährige Konvention der Bruderschaft der Grobschmiede fand im September in Buffalo statt.

(Schluß folgt.)

## Kongresse u. Generalversammlungen.

### Die 21. Jahreskonvention der American Federation of Labor in Scranton.

Die am 5. Dezember 1901 in Scranton eröffnete 21. Jahreskonvention des großen amerikanischen Gewerkschaftsbundes war die stärkstebesuchteste aller bisherigen Konventionen, sowohl nach der Zahl der Delegierten, als auch der vertretenen Organisationen. 285 Delegierte waren bei der Eröffnung anwesend, die im Laufe der Verhandlungen sich auf über 300 vermehrten (1900 in Louisville nur 205 bezw. 228); sie vertraten 68 (61\*) National-, 14 (10) Staats- und 81 (59) Lokal-Unionen, sowie 62 (42) Zentral-Körperschaften. Außerdem waren 3 Fraternal-Vertreter, davon 2 von England, nämlich Chandler und Ben Lillet, und 1 von Canada (Drager) anwesend. Der Jahresbericht des von der Scranton Central Labor Union mit einem silbernen Hammer beschenkten Präsidenten Komperz währte drei Stunden; er konstatiert ein starkes Wachstum des Bundes, „der auf der breitesten Grundlage ruhenden Federation der Arbeiterschaft, die die Welt gesehen habe.“ Im Berichtsjahre wurden 916 Aufnahmscheine an Unionen ausgestellt, davon 7 an neue Nationalverbände der Wäschereiarbeiter, Uhrgehäusmacher, Brücken- und Eisenkonstruktionsarbeiter, Lederarbeiter, Pflastersteinarbeiter, Wagenbauer und Hochofenarbeiter und solche an Staatsfederationen (Landesverbände) von Michigan, Californien, Nord-Carolina und Süd-Carolina. Die nationalen und internationalen Unions haben 4056 neue Ortsvereine errichtet und ihre Mitgliederzunahme wird auf 364 410 angegeben. Bedauernd wurde das Fernhalten der großen nationalen Verbände der Eisenbahner und der westlichen Bergarbeiter konstatiert und die Nothwendigkeit von Verständigungen durch-

\* In Klammern die Zahlen der vertretenen Organisationen für 1900.

ein hierzu gewähltes Comité betont. Im Weiteren erwähnt der Bericht die vier großen Streiks der Maschinisten, Stahlarbeiter, Textilarbeiter und den Hafenstreik in San Franzisko, der durch einen günstigen Kompromiß beigelegt und als siegreich zu bezeichnen sei. Ueber den Stahlarbeiterstreik heißt es:

„Der Streik der Amalgamated Association of Iron & Steel Workers war sehr weitgehend. Der Zweck, wofür er inszeniert worden, wurde nicht erreicht und er wurde unter Bedingungen beendet, die nicht so vorteilhaft waren, als diejenigen, die man hätte erlangen können.“

Der Maschinistenstreik um den Neunstundentag, endete mit großem Erfolg. In Ansehung der großen Kämpfe und der mehrfach notwendig gewordenen Extra Steuern tritt der Bericht lebhaft für höhere Beiträge, sowie für die Gründung eines Verteidigungsfonds ein. Auch mögen die Rechte des Exekutivcouncils, das bisher nur zwei Extra Steuern jährlich aus schreiben darf, erweitert werden. — Auf politischem Gebiete dagegen wird über den alten Mißerfolg berichtet:

„Was den Erlaß von Arbeitergesetzen anbetrifft, so haben wir keinen Grund zur Freude. Wir können auf keine uns günstigen Gesetze deuten, aber wenn die Vertreter der Federation nicht auf dem Posten gewesen wären, so würden Gesetze angenommen worden sein, die unseren Weg sehr beschwerlich gemacht und die Zukunft verdunkelt hätten.“

Insbesondere fordert Gompers ein Anti-Chinesengesetz mit der Begründung:

„Jeder Kuli, der hierher gebracht wird, verdrängt einen Amerikaner.“

Eine Beschleunigung der sozialpolitischen Aktion erwartet Gompers von der Errichtung eines selbstständigen Arbeiterministeriums.

In dem Bericht wird auch das Attentat auf McKinley verurteilt und auf die Entscheidungen des Generalpostmeisters gegen die Arbeiterzeitungen aufmerksam gemacht. Der Konvention wird bezüglich dieser Angelegenheit empfohlen, ein Gutachten von einem hervorragenden Rechtsgelehrten einzuholen und auf Aenderung der betreffenden Postgesetze zu dringen.

Der vom Sekretär Frank Morrison erstattete Tätigkeitsbericht ergab folgendes über den Stand der Finanzen in der Zeit vom 1. November 1900 bis 31. Oktober 1901: Einnahmen aus der Kopfsteuer Doll. 55 102,52, aus Extra Steuern Doll. 31 932,27, aus Aufnahmegebühren, Büchern etc. Doll. 17 687,88 und aus Abonnements und Zusatzen des „Federationist“ Doll. 10 498,22; zusammen Doll. 115 220,91. Die Ausgaben betragen Doll. 118 708,39, also Doll. 3 487,50 mehr als die Einnahmen. Davon wurden Doll. 32 328,74 an Organisatoren und Doll. 28 712 an die streikenden Maschinisten gezahlt. Das zum Kongreß der Vereinigten Staaten delegierte „Legislativcomité“ bezog Doll. 2918,62 an Reisegeld und Diäten. Die Herausgabe des „Federationist“ kostete Doll. 10 913,54.

Die Gesamtzahl der berichteten Streiks betrug 1056 mit 171 223 Beteiligten, von denen 12 707 zur Streikunterstützung nicht beteiligt waren. Diese Streiks verursachten Dollar 548 000 Gesamtkosten. Erfolgreich endeten 585 Streiks, durch Kompromiß 225 Streiks (davon 130 der Kleiderarbeiterinnen). 34 Organisationen erlangten Arbeitszeitverkürzungen von ½—4 Stunden pro Tag, 44 Lohn erhöhungen von 5—45 pSt. Ungünstig endeten die Streiks nur für 12 707 Arbeiter. Der Maschinistenstreik mit 75 000 Beteiligten kostete Doll. 200 000 und endete mit einer Stunde

Arbeitszeitverkürzung pro Tag und 10 pSt. Lohn-erhöhung.

Die Zahl der von den Verbänden geführten „Labels“ (Gewerkschaftsmarken, die zur Innehaltung gewerkschaftlicher Arbeitsbedingungen verpflichten), wird auf 31 angegeben; außerdem führen die Handlungsgehülfen, Barbier und Wäschereiarbeiter von der Federation anerkannte Arbeitskarten. Das allgemeine „Label“ der Federation wird von 20 Unionen benutzt. Ein Antrag, die Labels der einzelnen Unionen aufzuheben und nur ein allgemeines Label gelten zu lassen, wurde abgelehnt, dagegen die Arbeitskarten der Grobschmiede anerkannt, dem Label der sonderorganisierten Tabakarbeiter die Anerkennung versagt und ein Antrag verworfen, wonach sich die Mitglieder endlich verpflichten sollten, nur „Label“-Waaren zu kaufen.

Eine andere Einrichtung der amerikanischen Gewerkschaften, die „Unfair-Liste“ (Bohottliste) wurde dahingehend reformiert, daß künftig keine National-Union mehr als drei, keine Lokalunion mehr als eine Firma pro Jahr auf der Liste haben solle. Die Zigarrenmacher-Union beantragte, den neuen Zigarrentrust „American Cigar Co.“ auf die Bohottliste zu setzen, „weil er Zigarren durch Kinderhände und Maschinen herstellen lasse“. Diese Begründung veranlaßte eine mehrstündige Debatte, nach der schließlich der Antrag des Resolutionscomités angenommen wurde, dem Bohott zwar zuzustimmen, aber in der Begründung das Wort „Maschinen“ zu streichen. Gegen die Begünstigung der Herausgabe von „Souvenirbüchern“ durch das Exekutivcomité wurde Protest erhoben und den Mitgliedern empfohlen, nur von solchen Zeitungshändlern zu kaufen, die auch den „Federationist“ führen.

Von den auf die Konstitution und Tätigkeit der Federation bezüglichen Beschlüssen sind folgende bemerkenswerth. Zunächst wurde die Kopfsteuer der Mitglieder von ¼ auf ½ Cents, die der Unionen von 5 auf 10 Cents pro Monat erhöht. Die Empfehlungen Gompers' betreffs Uebergang der Unionen zu höheren Beiträgen und der strikten Innehaltung eingegangener Tarifverträge sollen im Protokoll vermerkt werden. Abgelehnt wurde dagegen die Gründung eines Verteidigungsfonds, aus dem jeder Streikende mit Doll. 5 pro Woche unterstützt werden solle. Der Organisation der Lehrer und Schauspieler soll Beistand geleistet, für die Glasarbeiter sowie für die südlichen und westlichen Staaten sollen Organisatoren angestellt und eine Staatsfederation für Tennessee gegründet werden. Das Exekutivcomité wurde beauftragt, eine Verständigung der American Federation of Labor mit dem National Bauarbeiter-Trade-Council herbeizuführen, ferner einen Kongreß zur Organisation der Kappemacher einzuberufen und Schritte gegen die Verhaftung des Organisators Iglesias in Puerto Rico zu thun.

Abgelehnt wurden die Anträge, die Zusammenfassung der Verathungcomités nicht der Ernennung des Präsidenten, sondern der Wahl der Konvention zu überlassen, sowie die Wahl der Beamten der American Federation of Labor durch Abstimmung der Mitglieder, ferner der Antrag, die Gehälter des Präsidenten und des Sekretärs auf Doll. 2400 (A 10 000) zu erhöhen. Delegationen der Internationalen Frauen „Label-Liga“ sollen künftig zugelassen werden. Dagegen verwarf der Kongreß den Antrag, die Lokal-Unions zum Anschluß an die Zentralkörperschaften zu verpflichten, weil es Lokalunions schwarzer Rasse angehörigen giebt und der Anschluß derselben zum

Austritt mancher aus Weissen bestehenden Unions führen kann.

Eine Programmrevision bezweckte ein abgelehnter Antrag Crole, der in der Konstitution der Federation als deren Zweck erklärt wissen wollte: „Die Arbeiter zu einer unabhängigen politischen Partei zu organisieren.“ Eine größere Anzahl ähnlicher Resolutionen, die sich mehr oder weniger direkt zu Gunsten des Sozialismus erklärten, kamen, nachdem ein Comité darüber vorberathen, am letzten Tage zur Verhandlung. Das Comité empfahl ihre Ablehnung und die Annahme folgender Resolution:

„Die Bestrebungen, Wünsche und Ziele der Gewerkschaftler umfassen Alles, was für die Wohlfahrt der Menschenfamilie nöthig und möglich ist und in dessen Verwirklichung wir den Beistand, welcher unserer Bewegung durch jene Reformen, die eine Besserung der Lage aller Menschen bezwecken, geboten wird, mit Freuden annehmen und thatächlich wünschen.“

In dieser Hinsicht stehen wir zu der größeren Körperschaft der Sozialisten in enger Beziehung und stimmen mit ihnen darüber überein, daß nicht nur die Bürde der Arbeit leichter gemacht werden sollte, sondern daß jeder Arbeiter ein unbestrittenes Recht auf das volle Produkt seiner Arbeit hat. Wir sind mit ihnen für größere Freiheit und entschlossen, so zu handeln, daß die Zukunft für die ganze Menschenfamilie angenehmer und freudenvoller sein sollte, somit auch für die Arbeiter und Arbeiterinnen von Nord-Amerika, welche wir direkt oder indirekt vertreten.

Trotzdem aber ist es wahr, daß in der Förderung unserer Ziele, nämlich, daß unsere Prinzipien die vollste und höchste Bethätigung der Menschen umfassen, welche von Zeit zu Zeit, übereinstimmend mit den Forderungen zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und Wünsche zunimmt, die von uns vertretene Arbeiterklasse in Bezug auf die besten Methoden, das Gewünschte zu erlangen, anderer Meinung ist, obwohl sie in Bezug auf das Wünschenswerthe des von uns angestrebten Zieles unter sich nicht viel anders denken.

Wir erklären daher ohne Zaudern, daß die hier vertretene Gewerkschaftsbewegung der praktischste, sicherste und legitime Kanal ist, durch welches die Arbeiter und Arbeiterinnen von Nord-Amerika nicht nur ihre Unbilden beseitigen, sondern auch ihre ökonomische Lage stärken sollten, bis sie auch das politische Feld beherrscht und dadurch die Arbeiter in den Vollbesitz ihrer angestammten Rechte setzt.

Wir erklären, daß seit dem Beginn unserer Bewegung das Forschen nach der besten Regierungsform unser Leitmotiv gewesen ist und es auch bleiben wird, so lange ein Wunsch zu erfüllen oder eine Ungerechtigkeit zu beseitigen ist.

Unsere lokalen und nationalen Versammlungen sind stets für die Diskussion aller legitimen, ökonomischen oder politischen Fragen frei gewesen, aber entschieden nicht für Parteipolitik, religiöse Streitfragen oder Rassenvorurtheile und wir würden unsere Pflicht gegen die Menschheit verletzen, wenn wir etwas Anderes thäten, als die Fortsetzung unserer bisherigen Methoden zu empfehlen.

Wir halten es für die Pflicht aller Gewerkschaften, in ihren offiziellen Journalen alle öffentlichen Fragen mit Bezug auf industrielle oder politische Freiheit zu veröffentlichen, darüber in ihren Versammlungen zu sprechen, sie in ihren Wohnungen zu studieren und alle ihre Klasse be-

treffenden Maßnahmen zu erwägen, aber wir möchten betonen, daß es nicht in der Macht unserer Organisation steht, den Mitgliedern unserer Unions vorzuschreiben, zu welcher politischen Partei sie gehören, oder für welches Partei-Ticket sie stimmen sollen.“

Diese, den alten Kur-Gewerkschaftsstandpunkt aufrechterhaltende Resolution wurde von den sozialistischen Vertretern scharf bekämpft und dem Comité der Vorwurf absichtlicher Verschleppung der Berathung gemacht, um eine gründliche Debatte im Plenum nicht aufkommen zu lassen. „Und wenn Ihr nicht für den Sozialismus stimmen wollt, so wird die Zeit kommen, wo Ihr nicht mehr hier sein werdet und andere Leute an Eurer Stelle stehen, die für ihn stimmen werden“, rief ein Vertreter dem Präsidium entgegen. Die Resolution des Comité wurde angenommen.

Von den auf die sozialpolitische Aktion bezüglichen Resolutionen sind folgende bemerkenswerth: solche gegen den wucherischen Zwischenhandel mit Eisenbahnbillets, um Verbot der Einwanderung von Chinesen (die Einbeziehung der Japaner wurde abgelehnt), um Bewässerung unfruchtbarer Ländereien und Abgabe von Bundesland nur an Ansiedler, um ein Gesetz über Bemannung der Schiffe und Mindestlöhne der Schiffsleute, um Maßnahmen gegen die Konkurrenz von Militärs und Marinemusikern, um Einführung der Selbstverwaltung in dem bisher der Bundesgewalt direkt unterstellten Columbiadistrikt, um ein Nachtstundengesetz für die Postboten, um Abschaffung der Tenementarbeit und Einrichtung von Frei-Shops für Tagelöhner, um Abschaffung des Sträfling-Kontraktsystems, sowie gegen die Subvention von Schiffsgesellschaften.

Der Bundesrath soll um die Wiederaufnahme der Arbeiten auf den Bundesdampfern in San Francisco ersucht werden. Gegen die gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen des Generalpostmeisters, der Arbeiterblätter von der Beförderung ausschloß, soll in jedem Falle der Rechtsweg beschritten, eventuell ein gesetzlicher Schutz verlangt werden, ebenso gegen die überhand nehmenden richterlichen Einhaltsbefehle bei Streiks und Boykotts. Für das gesetzliche Verbot der Kinderarbeit soll energisch agitiert werden. Abgelehnt wurde dagegen eine Empfehlung des schweizerischen Militärsystems und für überflüssig die Empfehlung eines die Verbreitung anarchistischer Lehren als Hochverrath behandelnden Gesetzes erklärt, da, wie bemerkt wurde, weder ein Grund hierfür noch die Nothwendigkeit der Existenz des politischen Mörders vorhanden sei. Im Einklang mit dieser sonderbaren Feststellung steht die Empfehlung einer Weisteuer zu dem Mc Kinley-Denkmalfonds durch denselben Bericht. Aus dem vorliegenden Material ist nicht zu ersehen, ob die Konvention wirklich in diesem Sinne beschlossen hat. Gewerkschaftliche Fragen berühren die Beschlüsse für Einführung von Unionslöhnen für die Tabakarbeiter und betreffs Verweigerung der Aufnahme von Inseraten bohrtotierter Firmen durch Arbeiterblätter.

Die wichtigste Streitfrage der diesjährigen Konvention, die die Differenzen zwischen Branchenverbänden und Industrieverbänden betraf, wurde durch einen taktischen Trick des diese Anträge vorberathenden Comité erst am Schlusse der Konvention verhandelt und durch einen Bericht überbrückt, aus dem jede der streitenden

Parteien eine Bestätigung ihrer Ansicht herauslesen kann. Die Meinungsverschiedenheiten drehen sich hauptsächlich um die Jurisdiktion (Organisationsberechtigung) in einer Reihe von Berufen der Maschinen-, Holz- und Brauerei-Industrien und um das Prinzip der sogenannten Trade-Autonomie, d. h. der Unabhängigkeit jedes einzelnen Berufs. Einige dieser Differenzen wurden schon vor Erledigung der Streitfrage beigelegt, so zwischen den Holzarbeitern und Pianomachern usw. Um etwaigen Spaltungen vorzubeugen, waren die ja. 20 beantragten Resolutionen an ein von Gompers selbst geleitetes Comité verwiesen worden, das am letzten Verhandlungstage Abends 10 Uhr Bericht erstattete. In diesem Bericht wurde erklärt, daß der zukünftige Erfolg der Federation auf der Anerkennung der Gewerkschafts-Autonomie beruhe, welche in Uebereinstimmung mit den verschiedenen Phasen der Industrie-Entwicklung sein müßte und keine scharf gezogenen Grenzen haben könne. Am besten sei es, die Autonomie in den großen Centren den dort befindlichen Organisationen zu überlassen, im Uebrigen müßten die großen Verbände Jurisdiktion haben; wo es thutliche Erscheinung, sollten Industrieverbände gegründet werden und die Federation sollte bei Differenzen als Schiedsrichter fungieren.

Dieser Bericht wurde ohne Debatte entgegengenommen und damit war der gefürchtete Konflikt erledigt.

Aus den sonstigen Verhandlungen verdienen vor Allem die Reden der beiden englischen Delegierten Ben Tillet und Chandler besonderes Interesse. Der Erstere schilderte das Wachstum des Trades Unionismus, die einzelnen Phasen desselben, die Aenderungen, die infolge der Trustifizierung der verschiedenen Industrien nothwendig geworden, und deutete auf den zunehmenden Einfluß des Sozialismus in den Körperchaften und bei den Methoden der Gewerkschaften hin. Der Schluß seiner Rede entfachte einen Beifallsturm, der indeß auf das bereits erwähnte Schicksal der sozialistischen Resolutionen ohne Rückwirkung blieb. Chandler dagegen feierte die amerikanische Maschinerie, schilderte die Modernisierung der englischen Gewerkschaften und die Fortschritte ihrer neuen „Federation“ und befürwortete eine engere Verbindung der amerikanischen Arbeiter mit denen in England. „Es sei nichts vorhanden, wodurch dieses verhindert werden könnte. Wenn die Arbeitermassen von England und Amerika vereinigt sind, so würden sie unbesieghar sein. Die Zeit für eine Vereinigung ist da!“

Eine direkte Sympathieerklärung für dieses Ideal beschloß die Konvention nicht; sie begnügte sich vielmehr mit der Erwidern der englischen Höflichkeit, indem sie zwei Delegierte als Vertretung der Federation auf dem nächsten britischen Gewerkschaftskongress wählte. Die Wahl fiel auf den Bergarbeiter Dolan und den Zimmerer Bladmore. Zum Delegierten für den kanadischen Gewerkschaftskongress wurde Driscoll bestimmt. Die nächstjährige Konvention soll in New-Orleans stattfinden.

Bei der Wahl der Beamten der Federation wurden alle bisherigen Beamten und Mitglieder der Exekutive wiedergewählt.

Die 21. Konvention der amerikanischen Gewerkschaften hat den fortgeschritteneren Arbeitern, die sich zum Sozialismus bekennen, wieder eine Enttäuschung bereitet, und der Unmuth der amerikanischen So-

zialisten ist daher sehr begreiflich; er kommt in scharfen Angriffen auf den Werth der Konvention und auf einzelne Handlungen der Organisationsleiter zum Ausdruck. In diese Kritik mischen sich auch die bitteren Klagen Derjenigen, welche von der Konvention eine glatte Lösung der Organisationsstreitigkeiten verlangten. Auch wir sind von dem Ergebnissen der Konvention keineswegs befriedigt, wenn wir auch keine anderen Beschlüsse erwartet hatten. Was uns von dem Standpunkt der amerikanischen Gewerkschaften trennt, ist bekannt; wir sind auch jetzt noch der Ueberzeugung, daß die politische Aktion in die Hände einer unabhängigen Arbeiterpartei gehört, die nur eine sozialistische sein kann, und daß die Gewerkschaften nicht die Aufgabe haben können, eine solche Partei aufzusaugen. Stellen wir diesen Differenzpunkt leidenschaftslos fest, so müssen wir doch andererseits anerkennen, daß die amerikanischen Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete eine gewaltige und erfolgreiche Macht bedeuten und daß sie diesen Erfolg lediglich ihrer eigenen Kraft zu danken haben. Ihre Zukunft liegt aber nicht in der Konservierung überlebter Organisations- und Abschließungsmethoden, nicht in der Isolierung von der Arbeiterbewegung anderer Länder und nicht in unnatürlichen Allianzen mit den Trustrittern, sondern in der freien Entwicklung und vervollkommnung, in der brüderlichen Solidarität mit allen Arbeitern der Welt und in der Fleischwerdung der Grundsätze des Klassenkampfes. Offenlich kommt ihnen diese Erkenntnis nicht zu spät.

## Lohnbewegungen und Streiks.

**Die Berliner Holzindustriellen** wollen mit aller Gewalt ihren Arbeitern einen Kampf aufzwingen, den die Letzteren nach Möglichkeit zu vermeiden wünschen. So haben die Unternehmer an die Bundesverwaltung das Verlangen gestellt, die Sperren, welche zur Zeit über einzelne Tischlerwerkstellen verhängt sind, aufzuheben, da anderenfalls 10 pSt. aller Holzarbeiter ausgesperrt werden würden, und eine Innungsverammlung beschloß sogar, sich mit allen Vorständen der „befreundeten“ Verbände in Verbindung zu setzen, die Aussperrung von 10 pSt. der Arbeiter über alle Betriebe der Holzindustrie auszu dehnen. Die Aussperrung soll sich lediglich auf die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes erstrecken. Diese letztere Einschränkung beweist, daß es sich in diesem von den Arbeitgebern bewußter Weise vom Raune gebrochenen Streit lediglich um eine Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter handelt.

Die Versammlung der Holzarbeiter beschloß darauf eine Antwort an die Unternehmerorganisationen, „daß sie nach wie vor zu jeder Zeit bereit ist, bei ausbrechenden Differenzen mit deren Vereinigungen in Verhandlung zu treten zur Beilegung dieser Differenzen; ferner, daß, da feste Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisation die Werkstatt-differenzen auf ein geringes Maß reduzieren, der Holzarbeiterverband zum Abschluß solcher Vereinbarungen bereit ist. Andererseits sei aber auch die Versammlung der einstimmigen Ansicht, das den Arbeitern gesetzlich zustehende Recht, sich behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinigen (Koalitionsrecht) nach jeder Seite hin auszuüben, also auch alle Differenzen zur Kenntniß der Kollegen zu bringen und sie darauf zu verweisen, daß während der Dauer dieser Differenzen Arbeit nicht angenommen werden könne.“

**Die Diamantarbeiteraussperrung in Amsterdam.** Nach Feststellung der Organisation sind insgesamt

2456 organisierte und 150 unorganisierte Diamantarbeiter ausgesperrt, während 2273 organisierte und 60 unorganisierte arbeiten. Hierbei sind jedoch die Diamantpalter sowie die Diamantschneider und Schneiderinnen nicht mitgerechnet. Als arbeitslos eingeschrieben waren am 3. Januar 1112, die selbstverständlich nicht bei den obenstehenden Zahlen eingerechnet sind. — Unter den arbeitenden Kollegen ist ein Manifest verbreitet worden, wodurch sie aufgefordert werden, die Ausständigen mit 10 pZt. ihres Lohnes zu unterstützen.

### Arbeiterversicherung.

**Gegen die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften** protestierte eine Versammlung der Arbeiterbeisitzer des Schiedsgerichts Mannheim durch folgende Resolution:

„Die am 5. Januar 1902 tagende Versammlung spricht ihr ernstes Bedauern darüber aus, daß die Bestellung der Vertrauensärzte in der gestrigen Sitzung des Schiedsgerichts ohne jede vorherige Verständigung mit der Gesamtheit der Schiedsgerichtsbeisitzer erfolgt ist, obwohl dem Herrn Vorsitzenden die Absicht der Arbeiterbeisitzer, hierzu heute Stellung zu nehmen, bekannt war. Sie erklärt, daß sie der wiederum erfolgten Bestellung von Vertrauensärzten der Berufsgenossenschaften zu Vertrauensärzten des Schiedsgerichts nur mit größtem Bedauern gegenübersehen kann. Insbesondere erklärt sie sich aufs Schärfste gegen die Bestellung des als rücksichtslosen Vertreter der berufsgenossenschaftlichen Interessen bekannten Herrn Dr. Bräuninger zum Vertrauensarzte und empfiehlt dem Gutachten dieses Herrn, sowie überhaupt die volle Selbstständigkeit in der Berathung und das entschiedenste Eintreten für die Einziehung von Gutachten der behandelnden Ärzte, ohne die eine gründliche Beurtheilung der Sachlage in der Regel nicht möglich ist.“

Wenn diese Proteste sich mehren und eine ständige Tagesordnung auf dem Gebiete der Unfallversicherung bilden, so wird die Reichsregierung endlich gefehliche Remedur schaffen müssen. Die in vorstehender Resolution gegebenen Verhaltensmaßregeln sind natürlich allen Schiedsgerichtsbeisitzern zu empfehlen.

Eine „Deutsche Krankenkassenzeitung“ erscheint seit Ende vorigen Jahres in Berlin allwöchentlich unter der Redaktion von Paul Kampffmeyer. Das Blatt bringt sehr gute instruktive Aufsätze und Berichte und dürfte sich unter den Krankenkassenvertretern viele Freunde erwerben.

### Gewerbegerichtliches.

Die Einführung des Proportionalwahlsystems ist bei Erlass eines neuen Statuts für das Gewerbegericht in München seitens des dortigen Magistrats beschlossen worden. Zugleich wurde die Zahl der Beisitzer auf 120 erhöht.

### Justiz.

Die polizeilichen Maßnahmen gegen die Gewerkschaften in Apenrade beantworteten die Letzteren mit der Entgegnung, daß sie außer Stande seien, die Staatszugehörigkeit ihrer Mitglieder festzustellen und daß das Vorgehen der Polizeibehörde in den bestehenden Gesetzen keine Rechtfertigung finde. Das Letztere scheint inzwischen der Apenrader Bürgermeister selbst eingesehen zu haben, denn er sandte den Filialvorsitzenden der dortigen Gewerkschaften folgen-

des Schreiben, das nur als ein Rückzug aufzufassen ist:

In gegebener Veranlassung werden Sie hierdurch aufgefordert, innerhalb einer Woche ein Verzeichniß ihrer Mitglieder, welches dem gegenwärtigen Stande entspricht, hierher einzureichen, oder diejenigen Aenderungen mitzutheilen, welche seit der letzten Einreichung der Liste durch Zutritt oder Abgang entstanden und bisher nicht angezeigt worden sind.

Die Mitglieder sind mit ihren Vornamen und Standesangabe derart zu bezeichnen, daß eine Verwechselung mit anderen Personen möglichst ausgeschlossen ist.

In Zukunft sind alle Aenderungen nach § 2 des Vereinsgesetzes binnen drei Tagen hierher pünktlich mitzutheilen. Rickmers.

Gegen Letzteres wird sich nach Lage der bisher gefällten höchstinstanzlichen Gerichtsentscheidungen nichts unternehmen lassen, wenn es auch unserer Ueberzeugung widerspricht, daß die Gewerkschaften dem Vereinsgesetz unterstehen.

### Kartelle, Sekretariate.

Zum Bau von Gewerkschaftshäusern macht das Sekretariat der sozialdemokratischen Partei folgende zeitgemäße Mittheilung:

„Anknüpfend an den Zusammenbruch des Saalbauunternehmens in Fürth schreibt die „Volksstimme“ in Frankfurt a. M.: „Mögen sich die lieben Genossen in allen Städten und Städtchen, die mit Saalbau gedanken schwanger gehen (Wiesbaden?), den Fürther Krach zur heilsamen Lehre dienen lassen! Mit einigen lumpigen Tausend Mark gesparter Gelder darf man eben keinen luxuriösen Millionenbau errichten wollen, wie die Fürther gethan haben; mit dem glühendsten Idealismus kann auch nicht die kleinste Hypothek verzinst werden. Etwas weniger „Ideal“ und etwas mehr Geld hätten den Fürther Krach verhindert! Wir können uns dieser Warnung nur in vollem Umfange anschließen und zwar möchten wir dieselbe nicht bloß auf Saalbauten beschränken. Das Gründungsfielber hat in der letzten Zeit in den gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterkreisen einen Umfang angenommen, der die schwersten Bedenken hervorrufen muß. Nicht Alles, was wünschenswerth ist, ist auch erreichbar, und mit „Beschlüsse fassen“ und „begeisterter Zustimmung“ werden wirtschaftliche Unternehmungen nicht über Wasser gehalten.“

Auch wir können uns dieser Warnung nur in vollem Maße anschließen, um so mehr, als die Gesuche um Zuschüsse zu solchen Unternehmungen und die Sammlungen für solche Zwecke überhand nehmen. So wird z. B. wieder von Koburg für ein Gewerkschaftshaus die Unterstützung der gesammten Arbeiterchaft angerufen. Vielfach ist noch nicht einmal ein ernsthafter Versuch gemacht worden, ein Lokal zu erlangen; das Gründungsfielber bemächtigt sich aller Gemüther und verlangt kategorisch nach einem „eigenen Heim“. Selbst wenn der Bau glücklich beendet und in Wirksamkeit genommen ist, bleiben Schwierigkeiten nicht aus, wie die Verweigerung der Schankkonzession u. A. mehr. Aber auch der Besuch und die Rentabilität dieser Häuser steht nicht immer im Einklang mit den hochgespannten Erwartungen, besonders nicht in kleinen Städten. Wir können nur rathen, bei der Vorbereitung solcher Unternehmungen die größte Vorsicht und nüchternste Berechnung walten zu lassen und lieber auf Unmögliches zu verzichten, als die Organisationsfähigkeit durch unausbleibliche Defizitunternehmungen auf Jahre hinaus zu beeinträchtigen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften und Kartelle auf einen



Wirkung lenken, der dringend der Abstellung bedarf. Es ist bei den zahlreichen Sammlungen für solche und ähnliche Zwecke schon mehrfach unliebsam vermerkt worden, daß die Geldgeber weder öffentliche Quittung über ihre Beiträge, noch eine Abrechnung über deren Verwendung erhalten. Wir rathen allen Gewerkschaften und Kartellen dringend, in Zukunft solche Sammlungen nur unter der Bedingung zu unterstützen, daß die Geldempfänger und die für die Verwendung der Gelder verantwortlichen Personen öffentlich, in einem hierfür bestimmten Organ, sei es das „Correspondenzblatt“ oder ein anderes Organ, Quittung und Abrechnung geben.

**Aus den Gewerkschaftskartellen.** Eine Arbeitslosen-Zählung wird die Berliner Gewerkschaftskommission am 2. Februar d. J. für Berlin und Umgegend veranstalten, nachdem der Magistrat ein solches Unternehmen trotz der ihm angebotenen gewerkschaftlichen Unterstützung abgelehnt hat.

**Die Magdeburger Gewerkschaften** beabsichtigen, am 1. Juli 1902 das dortige Gewerkschaftsbureau in ein Arbeitersekretariat umzuwandeln.

**Die Gründung eines Arbeitersekretariats für die Mittelschweiz** beschloß vor Kurzem die Arbeiterunion von Luzern. Das Unionscomité wurde mit der Ausarbeitung eines Budget-Voranschlags beauftragt.

### Aus anderen Arbeiterorganisationen.

**Verband der Möbelpolierer Deutschlands.** Im vorigen Jahre löste sich der bis dahin lokale Verband der Möbelpolierer Berlins von der Keffler'schen Gruppe ab und verwandelte sich zugleich in einen Zentralverband, der das ganze Reich als sein Agitationsfeld beanspruchte. Im Letzteren, sowie auch seine Existenzberechtigung anerkannt zu wissen, suchte er den Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften nach. Da für die Möbelpolierer aber bereits im Holzarbeiterverband eine anerkannte Zentralorganisation besteht, die auch einen großen Theil von Polierern als Mitglieder zählt und durch die Sonderagitation der Möbelpolierer geschädigt würde, so mußte dieser Anschluß nach Lage der Umstände abgelehnt werden. Direkte Verhandlungen, welche die Generalkommission zwischen Vertretern des Holzarbeiterverbandes und der neuen Organisation der Möbelpolierer herbeiführte, erzielten keinerlei Verständigung; die Möbelpolierer lehnten den unter weitgehenden Konzessionen vorgeschlagenen Anschluß an den Holzarbeiterverband ab.

Die am 29. und 30. Dezember v. J. in Berlin stattgefundene erste Generalversammlung des Verbandes der Möbelpolierer, von 10 Delegierten aus Berlin, Dresden und Suhl besucht, bot nichts Bemerkenswerthes. Es wurde berichtet, daß die Gründung von Zahlstellen in Dresden und Burg zugesagt sei und daß der Verband einen Kasseebestand von M 10 003 habe.

**Ein eigenes Organ** giebt jetzt der von Skappahn-Leipzig gegründete Sonderverband der mit der Krankenbehandlung und im Wadewesen beschäftigten Personen unter dem Namen „Kleine Mittheilungen“ heraus.

**Aus den christlichen Gewerkschaften.** Der christliche Holzarbeiterverband hat mit der Zentralstelle der schweizerischen Holzarbeitergewerkschaften (St. Gallen) ab 1. Januar 1902 einen Kartellvertrag betr. den Uebertritt, die Gewährung von Reise-Unterstützung und das Verhalten bei Streik abgeschlossen. Der Verband, der keine Rechnungslegung veröffentlicht, behauptet, 3—4000 Mitglieder

zu besitzen. Die „Holzarb.-Ztg.“ veröffentlicht nun eine ihr zugegangene Halbjahrs-Abrechnung des christlichen Verbandes, woraus hervorgeht, daß selbst unter Annahme von 20 Beiträgen pro Halbjahr nur 1865 Mitglieder ihren Beitrag gezahlt haben. Wahrscheinlich interessiert sich für die christlichen Holzarbeiter kein reicher Onkel, der für die hinzugefunkteten Mitglieder die Beiträge zahlt. — Im christlichen Metallarbeiterverband drohen die Münchener unter Führung des treuen Zentrumsknappen Schirmer mit dem Austritt und der Gründung einer neuen Zentralisation, wobei sie ihre Hoffnungen auf den Raheiner Metallarbeiterverband richten. Die Opposition richtet sich gegen die Haltung des Verbandsvorsitzenden, Wieber, in der Frage der Erhöhung der Getreidezölle, die von den Münchenern unterstützt, von Wieber scharf bekämpft wird.

### Mittheilungen.

#### An die Gewerkschaftskartelle!

#### Zur Organisation der Blumen-, Blätter- und Feder-Arbeiterinnen Deutschlands.

Nachdem im Dezember v. J. die bisher bestandenen örtlichen Organisationen der Blumen-, Blätter- und Feder-Arbeiterinnen in Berlin, Dresden und Sebnitz sich zu einem Zentralverband zusammengeschlossen haben, erweist sich nunmehr auch die Organisation der in anderen Städten und Ortschaften thätigen Angehörigen dieser Branchen als zwingende Nothwendigkeit.

Der Agitation unter der Arbeiterkraft dieser Industriebranche stehen erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Die Gesamtzahl der Erwerbsthätigen beträgt nach der Berufszählung von 1895 nur 12 862. Diese finden sich in allen Bezirken des Reiches vereinzelt vor. In einigen Bezirken jedoch konzentrieren sich die Berufsangehörigen und finden sich auch größere Betriebe vor. Hier muß durch die dazu berufenen Gewerkschaftskartelle mit der Organisation unverzüglich und energisch begonnen werden und wenn die Leiter der Kartelle es nicht an gutem Willen fehlen lassen, so wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Daß Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Berufsgruppe organisationsfähig sind, wird dadurch bewiesen, daß in den Orten bereits Organisationen vor Gründung des Zentralverbandes bestanden.

Die Berufsstatistik vom Jahre 1895 weist aus, daß in folgenden Orten respektive Bezirken die nachbenannte Zahl Erwerbsthätiger in der Industrie künstlicher Blumen und Federschnitt vorhanden waren: Aachen 29, Altona 31, Berlin 3058, Breslau 276, Charlottenburg 44, Chemnitz 38, Köln a. Rh. 70 und Dresden 1195. In der Amtshauptmannschaft: Dresden-Altstadt 406, Dresden-Neustadt 63, Pirna 3174, Wauzen 299, Amtsh. Leipzig 61, Löbau 36, Meissen 31. In Frankfurt a. M. 43, Halle a. d. S. 34, Hamburg 74, Königsberg 87, Leipzig 552, München 859, Nürnberg 34, Regensburg 25, Schweidnitz 59, Straßburg i. E. 39, Stuttgart 45 und Wittenberg 51.

Wir ersuchen die Bereder der Gewerkschaften in den genannten Orten resp. Bezirken, sich der Sache anzunehmen und für die Errichtung von Zweigvereinen des Verbandes der Blumen-, Blätter- und Federarbeiterinnen zu wirken. Weitere Auskunft bezüglich der Agitation ertheilt die Vorsitzende des Verbandes, Frau E. Ihrer, Pankow-Berlin, Schönholzerstr. 8a.

**Die Generalkommission  
der Gewerkschaften Deutschlands.**